

Max Weber  
Stiftung

.....

# Weltweit vor Ort



Ringen um Europa  
London · Rom ·  
Warschau



1 · Deutsches Forum für  
Kunstgeschichte Paris  
SEITE 8 · 48

2 · Deutsches Historisches  
Institut London  
SEITE 8 · 9 · 16 · 24

3 · Deutsches Historisches  
Institut Moskau

4 · Deutsches Historisches  
Institut Paris  
SEITE 9 · 10 · 34 · 48

5 · Deutsches Historisches  
Institut Rom mit Transnationaler  
MWS-Forschungsgruppe  
SEITE 10 · 28

6 · Deutsches Historisches  
Institut Warschau mit Außen-  
stellen in Prag und Vilnius  
und mit Transnationaler MWS-  
Forschungsgruppe  
SEITE 11 · 36 · 48 · 50

7 · Deutsches Historisches  
Institut Washington mit Pacific  
Office an der UC Berkeley  
SEITE 12

8 · Deutsches Institut für  
Japanstudien Tokyo mit MWS-  
Forschungsgruppe Singapur  
SEITE 13 · 48

9 · Max Weber Forum für  
Südasiastudien Delhi  
SEITE 14 · 24

10 · Orient-Institut Beirut  
mit Außenstelle in Kairo  
SEITE 14 · 15

11 · Orient-Institut Istanbul  
SEITE 15

12 · China Branch  
Office Peking

13 · Geschäftsstelle  
SEITE 6

Es liegt in der Natur der Sache, dass politische Medien in Krisenzeiten Hochkonjunktur haben. Je aufsehenerregender die Tagesmeldungen, desto höher sind die Einschaltquoten und die Erwartung, dass die zahlreichen Informationen angemessen aufbereitet werden. Damit schlägt auch die Stunde der Wissenschaft, von der zu Recht erwartet wird, dass sie komplexe Sachverhalte allgemein verständlich vermittelt.

An Krisen mangelt es in diesen Zeiten wahrlich nicht. Das zeigt auch unser aktuelles Schwerpunktthema: Die EU-internen Auseinandersetzungen um die richtige Haltung angesichts des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine werfen tagtäglich ein Schlaglicht auf eine tiefliegende und latente „Euroskepsis“. Die Sorgen und das Misstrauen gegenüber der Europäischen Integration begleiten uns schon lange und sind mit dem Brexit keineswegs bewältigt. Um sie besser verstehen zu können, hilft es, wenn man versucht, die Dinge aus den Ländern heraus zu erklären. Beispielhaft präsentieren wir in dieser Ausgabe von „Weltweit vor Ort“ die Entwicklungen in Polen, Italien, Großbritannien und Deutschland und geben dabei Einblicke in die aktuellen Forschungsergebnisse der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus unserem Verbundprojekt „Europas Gegenbewegungen. Euroskeptische Verflechtungen von den Anfängen der Europäischen Integration bis heute“. Wie immer runden Meldungen aus den anderen Instituten das Bild der vorliegenden Ausgabe ab.

Jenseits aller Krisen haben wir aber auch eine freudige Nachricht in eigener Sache: Am 1. Juli 2022 feierte die Max Weber Stiftung ihren 20. Geburtstag. Wir freuen uns daher besonders über das Grußwort von Bundesministerin Bettina Stark-Watzinger und die Wertschätzung, die sie mit ihrem Haus der Arbeit der Stiftung und ihrer Auslandsinstitute entgegenbringt. Wir wünschen Ihnen viel Spaß bei der Lektüre.

**Harald Rosenbach,**  
Geschäftsführer der Max Weber Stiftung

Schwerpunkt „Europa“

## Das Netzwerk der Euroskeptiker

DHI London · 16

## Italien und die EU

DHI Rom · 28

## Von Wendepunkten und Kontinuitäten

DHI Warschau · 36

## Rechtsextreme Europavisionen

HIS · 42

Aktuelles · 04

Neues · 06

Rückblick · 24

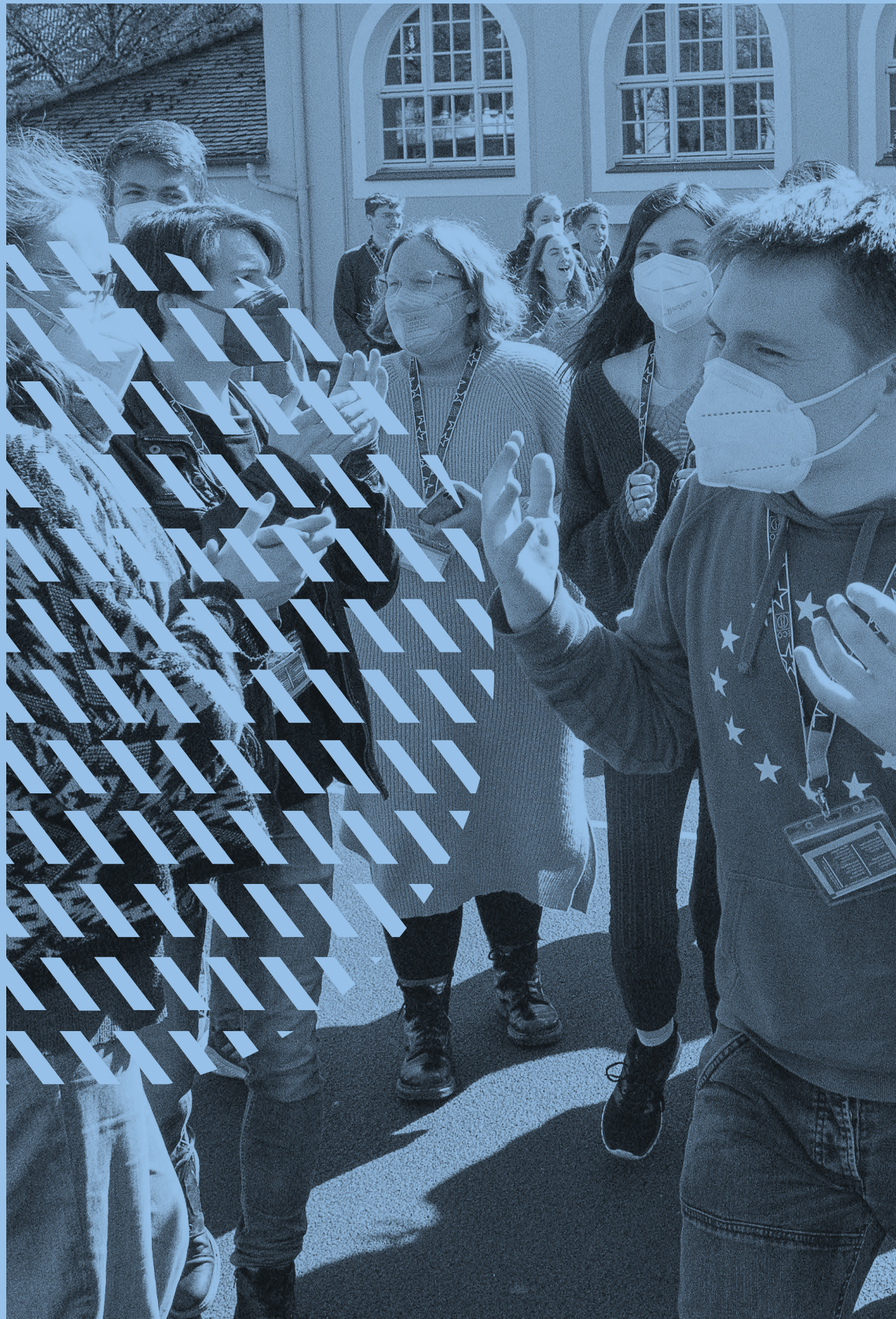
Perspektive · 26

Was macht eigentlich · 34

Lesetipp · 48

Lieblingsorte · 50

Impressum · 52



# Wissenschaft braucht Freiheit. Und Freiheit braucht Wissenschaft.



TEXT · BETTINA STARK-WATZINGER

Brücken bauen, Gräben überwinden – und zwar durch die Zusammenarbeit in den Geistes- und Sozialwissenschaften und genau dort, wo das manchmal besonders herausfordernd ist: in denjenigen Ländern, die unter dem von Deutschland begonnenen Zweiten Weltkrieg besonders gelitten haben – das war das Ziel, mit dem die Auslandsinstitute der heutigen Max Weber Stiftung (MWS) gegründet wurden.

Und dieses Ziel ist wichtiger denn je. Der blutige Krieg Russlands gegen die Ukraine führt uns das schmerzlich vor Augen. Er geht uns alle an. Denn er bedeutet eine Zeitenwende. Er verändert unser Leben und unseren Alltag. Und für die MWS mit ihren Deutschen Historischen Instituten (DHI) in Warschau und Moskau hat der Krieg ganz besonders konkrete Auswirkungen – auf ihr Selbstverständnis und ihre alltägliche Arbeit.

Darum bin ich der Stiftung auch so dankbar für ihr Engagement: Sie hat in den vergangenen Monaten immer wieder deutlich gemacht, dass die Wissenschaft auch Vermittlerin ist. So ist das DHI Warschau für all jene Wissen-

schaftlerinnen und Wissenschaftler zur Anlaufstelle geworden, die ihre Arbeit in der Ukraine, in Russland und in Belarus nicht mehr ausüben können. Das DHI Moskau hingegen musste seine Arbeit herunterfahren.

In dieser Situation wird deutlicher denn je, welch hohes Gut der grenzüberschreitende Austausch ist – für jeden Forschenden, für uns als liberale offene Gesellschaft, für Europa. Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an den Auslandsinstituten genießen die großen Freiräume sehr, die ihnen für ihre Arbeit zugutekommen. Dazu gehört auch die Freiheit, eigene Themen in Kooperation mit Partnern in den Gastländern unabhängig entwickeln zu können. Indem sie die Wissenschaftsfreiheit hochhält, zeigt die MWS, dass sie die Krise als Chance zu nutzen versteht. Für sie gilt wie für uns alle: Die Freiheit ist unsere Stärke. Gerade in Krisensituationen.

Denn das ist es, was die Auslandsinstitute weltweit auszeichnet: dass sie Orte des freien wissenschaftlichen Austausches sind, Orte, an denen offene Debatten geführt und Meinungen frei geäußert werden, Orte, an denen man streiten und voneinander lernen kann, Orte des friedlichen Dialogs und der Demokratie. Denn: Wissenschaft braucht Freiheit. Und Freiheit braucht Wissenschaft.

Die Geistes- und Sozialwissenschaften spielen dabei eine wichtige Rolle. Sie bieten uns Orientierung: Sie liefern Erkenntnisse über den Umgang mit historischen Krisen, sie liefern Handlungswissen für die Gegenwart, sie zeigen, wie Frieden in Europa geschaffen werden und wie die europäische Integration selbst gelingen kann. Dazu gehört auch die Auseinandersetzung mit europaskeptischen oder -feindlichen Bewegungen. „Europas Gegenbewegungen. Euroskeptische Verflechtungen von den Anfängen der Europäischen Integration bis heute“ – so heißt auch das BMBF-geförderte Projekt der MWS, dessen ersten bedeutenden Ergebnisse diese Publikation präsentiert. Im Zentrum steht dabei die Frage, wie Brüche und Gegenbewegungen den Integrationsprozess beeinflussen und ihn gegebenenfalls befördert haben.

Was können wir daraus für die Zukunft lernen? Dürfen wir vielleicht hoffen, dass durch den Ukrainekrieg Europa noch enger zusammenwächst? Ich denke, die russische Aggression hat uns gezeigt, dass wir stark sein können, wenn wir zusammenhalten. Und dass wir wirtschaftlich, politisch und gesellschaftlich widerstandsfähig sind, wenn wir uns auf unsere Werte besinnen.

Allen aktuellen und auch früheren Angehörigen der MWS danke ich darum herzlich – dafür, dass sie die Freiheit der Wissenschaft seit zwanzig Jahren so beeindruckend praktizieren und immer wieder verteidigen. Sie zeigen damit, für was das geeinte Europa steht.

Seit dem 8. Dezember 2021 ist Bettina Stark-Watzinger Bundesministerin für Bildung und Forschung. Stark-Watzinger ist seit 2017 Mitglied des Deutschen Bundestages. Von 2018 bis 2020 war sie Vorsitzende des Finanzausschusses, von 2020 bis 2021 Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag. Stark-Watzinger studierte Volkswirtschaftslehre an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz und der Goethe-Universität in Frankfurt am Main. Im Anschluss an ihr Studium arbeitete sie zunächst für die BHF-BANK. Nach einem mehrjährigen Auslandsaufenthalt im Vereinigten Königreich war sie als Academic Manager im Finance, Accounting, Controlling and Taxation Department der European Business School in Oestrich-Winkel tätig. Danach arbeitete sie von 2008 bis 2013 als Geschäftsführerin des House of Finance an der Goethe-Universität. Von 2013 bis 2017 war Stark-Watzinger Geschäftsführerin des Forschungszentrums SAFE – Sustainable Architecture for Finance in Europe. Geboren wurde Bettina Stark-Watzinger am 12. Mai 1968 in Frankfurt am Main. Sie ist verheiratet und hat zwei Töchter.



Wie haben äußere und innere Krisen die Entwicklung der europäischen Integration in der Vergangenheit beeinflusst? Welche Vorstellungen von Europa prägen den Verlauf der europäischen Integration? Und was kann man aus der Skepsis gegenüber der europäischen Einigung für die zukünftige Förderung von Zusammenhalt in Europa lernen? Diese und weitere Fragen konnten die Teilnehmenden an der Veranstaltung „Europa im Widerstand – Widerstand gegen Europa“ mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus dem Verbundprojekt „Europas Gegenbewegungen. Euroskeptische Verflechtungen von den Anfängen der Europäischen Integration bis heute“ am 26. September 2022 im Futurium, Berlin diskutieren. Auf dem Programm standen ein World-Café-Format („MWS-Europe-Lab“) am Nachmittag sowie eine Podiumsdiskussion am Abend.

DIE AUFZEICHNUNG IST AUF DEM PROJEKT BLOG VERFÜGBAR  
[HTTPS://EUROPERESIST.HYPOTHESES.ORG](https://europeresist.hypotheses.org)

Zu forschen ist das eine, Forschung zugänglich zu machen das andere: Bei Letzterem hilft GoTriple, ein Discovery-Service, der Open-Access-Dokumente aus 11 Sprachen versammelt. Der Dienst bietet innovative Features, die zum Beispiel erlauben, Suchergebnisse zu visualisieren und Dokumente online zu annotieren. So zeigt das Recommender-System dem Suchbegriff verwandte Forscherprofile und Publikationen an, das Crowdfunding-Tool bietet Hilfe bei der Finanzierung von Ideen. GoTriple verknüpft bibliografische Vokabulare von 27 Fachdisziplinen und hilft so, die Zersplitterung der Geistes- und Sozialwissenschaften zu überwinden und die langfristige Auffindbarkeit ihrer Forschung zu gewährleisten. Nutzbar ist GoTriple für Forschende, die interessierte Öffentlichkeit und im bibliothekarischen Bereich.

MEHR INFORMATIONEN ERHALTEN SIE UNTER [HTTPS://GOTRIPLE.EU](https://gotriple.eu)

Am 20. Oktober 2022 fand die Podiumsdiskussion „Klimakrise(n) in Russland, den USA und China: Regionaler Fokus und globale Bedeutung“ in Heidelberg statt. Die Veranstaltung aus der Reihe „Geisteswissenschaft im Dialog“ (GiD) war eine Kooperation der MWS mit der Heidelberger Akademie der Wissenschaften sowie der Union der deutschen Akademien der Wissenschaften und stand allen Interessierten offen. Auf dem Podium diskutierten unter anderem Sarah Beringer (DHI Washington) und Benjamin Beuerle (ehemals DHI Moskau, jetzt Centre Marc Bloch, Berlin) darüber, wie sich die Klimakrise in diesen drei Ländern darstellt und wahrgenommen wird. Thematisiert wurden regionale Unterschiede, Gemeinsamkeiten und Verbindungslinien sowie globale Perspektiven auf die Bekämpfung des Klimawandels.

DIE AUFZEICHNUNG IST AUF DEM GiD-BLOG VERFÜGBAR [HTTPS://GID.HYPOTHESES.ORG](https://gid.hypotheses.org)

Die Vortragsreihe 2022–2023 des Forschungsverbundes Bilderfahrzeuge am Warburg Institute, London, trägt den Titel „Border Regimes“. Aby Warburgs Diagnose einer „grenzpolizeilichen Befangenheit“ der Kunstgeschichte forderte eine interdisziplinäre Erweiterung des Faches. Grenzziehungen und -überschreitungen bestimmen von geopolitischen Konflikten über die Frage nach nationalen Stilen bis zu akademischen Disziplinen bis in die Gegenwart das Denken und Handeln. Aber wie hängen hierbei Politik, Kunst und Wissenschaft zusammen? In sechs Beiträgen erörtern internationale Forscherinnen und Forscher die Migration der Formen und die Herausforderungen heutiger Methoden globaler Kunstgeschichte.

MEHR INFORMATIONEN ERHALTEN SIE UNTER [HTTPS://BILDERFAHRZEUGE.HYPOTHESES.ORG/6030](https://bilderfahrzeuge.hypotheses.org/6030)

Der internationale Forschungsverbund Bilderfahrzeuge richtete vom 10. bis 11. November 2022 an der Humboldt-Universität zu Berlin seine Jahrestagung „Mobile Memories“ aus. Untersucht wurden Objekte und Träger, Materialitäten und Medien der Erinnerung aus transkultureller Perspektive. Die „Wanderung“ von Erinnerung zwischen Orten und Kulturen, Generationen und Epochen, wie sie Aby Warburg in seinem Bilderatlas Mnemosyne nachgezeichnet hat, bildete den Ausgangspunkt. Doch stellen sich gerade angesichts der digitalen Medien weitergehende Fragestellungen, die von den Vorträgen in historischen wie aktuellen Fallbeispielen zwischen Kunst und Wissenschaft diskutiert wurden.



↑ Mariana Castillo Deball, Uncomfortable Objects (Detail), 2012

↪ Bei der Podiumsdiskussion „Europa im Widerstand – Widerstand gegen Europa“ diskutierte die Moderatorin Heidi Marleen Bräuer mit Antonio Carbone, Christina von Hodenberg, Philipp Müller, Miloš Rezník und Wolfgang Knöbl (v.r.n.l.).

Private Kunstsammlungen präsentieren sich als einflussreiche Pendanten zu den großen öffentlichen Kunstmuseen. In unserem internationalen Studienkurs 2022–2023 „Das Privatmuseum im 21. Jahrhundert“ soll untersucht werden, inwieweit die Ausstellungspraxis der privaten Museen von jener der öffentlichen Häuser abweicht und wie diese die Museumslandschaft verändert. Ausgewählte Studierende und Promovierende erhalten die Gelegenheit, im Rahmen von Workshops, Besichtigungen vor Ort und Vorträgen die vielgestaltigen Ausprägungen der Privatmuseen zu analysieren. Leitung: Julia Drost (DFK Paris) und Stefanie Heraeus (Goethe-Universität Frankfurt), Koordination Vera Bornkessel (DFK Paris).

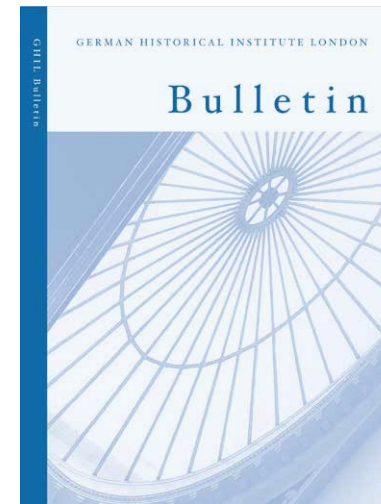
MEHR INFORMATIONEN ERHALTEN SIE UNTER [HTTPS://DFK-PARIS.ORG](https://dfk-paris.org)



↑ Mirjam Brusius bei Verleihung des Dan-David-Preises an der Universität Tel Aviv in Israel.

Das DFK Paris freut sich, sein Projekt der Transregionalen Akademie zur Kunst in Lateinamerika mit Unterstützung der Getty Foundation (im Rahmen des Programms Connecting Art Histories) fortsetzen zu können. Nach São Paulo (2016), Buenos Aires (2017) und Mexico City (2019) fand vom 26.09. bis 01.10.2022 die in Kooperation mit der Bibliotheca Hertziana – Max-Planck-Institut für Kunstgeschichte durchgeführte Akademie zu dem Thema „Plural Temporalities: Theories and Practices of Time“ in Bogotá statt. Partner vor Ort war die Universidad de los Andes. Für 2024 ist die fünfte Akademie in Lima angesetzt, die ebenso von der Getty Foundation finanziert wird. Leitung: Lena Bader (DFK Paris), Thomas Kirchner (DFK Paris), Tristan Weddigen (Bibliotheca Hertziana – Max-Planck-Institut für Kunstgeschichte)

Mirjam Brusius, Wissenschaftliche Mitarbeiterin für Kolonial- und Globalgeschichte am DHI London, ist eine der diesjährigen Gewinnerinnen und Gewinner des neu aufgelegten Dan-David-Preises – dem aktuell größten Geschichtspreis der Welt. Mirjam Brusius sowie acht weitere renommierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler historischer Disziplinen wurden als Anerkennung für ihre bisherigen Leistungen und zur Unterstützung ihrer zukünftigen Arbeit mit jeweils 300.000 US-Dollar ausgezeichnet. Im Einklang mit ihren Forschungsinteressen wird sie ihren Preis für die Entwicklung einer stärkeren Zusammenarbeit mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus dem globalen Süden einsetzen, die im westlichen historischen Diskurs und in Museen marginalisiert sind. Ein Teil des Preises wird an kleinere Initiativen gestiftet, die sich auf Kulturerbe, historische (Foto-)Archive und den jüdischen-arabischen Dialog im Nahen und Mittleren Osten konzentrieren.



Die aktuelle Ausgabe des GHIL-Bulletins (herausgegeben von Mirjam Brusius) behandelt ein politisch brisantes Thema: Erinnerungskultur. In Deutschland hatte lange Zeit das Gedenken an die Judenverfolgung Vorrang, doch in letzter Zeit wird teils energisch darüber diskutiert, wie man andere Minderheiten stärker berücksichtigen kann. Eine Gefahr liegt darin, in eine „Opferkonkurrenz“ zu geraten. Das Sonderheft versammelt Interviews und eine Roundtable-Diskussion mit Forschenden, die gemeinsam erörtern, wie man dieser Problematik entgeht. Denn tatsächlich können Historikerinnen und Historiker, die sich mit unterschiedlichen Minoritäten beschäftigen, voneinander lernen; die Geschichten, die sie erzählen, sind nicht selten verflochten. Anstatt sie gegeneinander auszuspielen, ist es sinnvoller, das Phänomen der „Opferkonkurrenz“ selbst einer historischen Analyse zu unterziehen – und zu klären, wer von ihr profitiert.

ZUR AUSGABE: [HTTPS://WWW.GHIL.AC.UK/PUBLICATIONS/BULLETIN](https://www.ghil.ac.uk/publications/bulletin)

Der Sommer am DHI Paris stand im Zeichen der Natur- und Umweltgeschichte. Bei der Sommeruniversität (13.–16. Juni 2022) entwickelten Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler Zukunftsperspektiven für die Historisierung von Umwelt. Die Tagung „Natur als geschichtliche Erfahrung“ (27./28. Juni 2022), organisiert in Kooperation mit dem Collège de France, fragte nach der Naturerfahrung von Menschen in Antike, Mittelalter und Moderne: Wie erlebten sie Natur, wie interagierten sie mit ihr? Dazu äußerten sich unter anderem Philippe Descola, Lorraine Daston, Bruno Latour oder Hartmut Rosa, der Überlegungen anstellte zur Frage, wie Natur als Resonanzraum des menschlichen Lebens begriffen werden könne.

## DHI PARIS · VERANSTALTUNG

Diskussionen über die Restitution afrikanischer Kulturgüter sind brandaktuell. Am 12./13. September 2022 vereinte der Workshop „Epistemologies of Restitution – Transcultural Aphasia?“ Gäste aus Afrika und weiteren Ländern in einem deutsch-französischen Kontext am DHI Paris. Die Veranstaltung betrachtete vor allem Widersprüche im gegenwärtigen Diskurs über Restitution. Als Fallbeispiel diente die Rückgabe der königlichen Insignien der Akpini nach Kpando (Ghana). Organisiert wurde die Veranstaltung in Zusammenarbeit mit dem Merian Institute for Advanced Studies in Africa (MIA-SA), das vom BMBF finanziert und von einem Konsortium getragen wird, dem das DHI Paris angehört.

## DHI ROM · VERANSTALTUNG

Rom ist pluralistisch in religiöser Hinsicht. Tatsächlich wird die Stadt jedoch meist aus einer katholischen Perspektive und mit Blick auf die Säkularisierung wahrgenommen. Der Zeitraum, in dem der Pluralismus Gestalt annahm, lässt sich genau bestimmen: mit dem Fall des Kirchenstaates in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und bis zur faschistischen Machtergreifung (1870–1922). Indiz dafür sind die in wenigen Jahrzehnten errichteten Gebäude, eine Synagoge und zahlreiche Kirchen verschiedener Konfessionen. Auf der internationalen Tagung „Roma (a)cattolica. Pluralisierung der Religion in Rom vom Ende des Kirchenstaates bis zu den Anfängen des Faschismus (1870–1922)“ in Rom wurde vom 17. bis 19. November 2022 dieses Phänomen aus einer vergleichenden transnationalen Perspektive erörtert. Sie wurde vom DHI Rom gemeinsam mit dem Melanchthon Zentrum (Evangelisches Zentrum für ökumenische Studien in Rom), dem Anglican Centre, der Waldenserfakultät in Rom und der LMU München organisiert.



## DHI ROM · PODCAST-REIHE

„Römische Horizonte – Orizzonti romani“ – mit diesem Titel hat das DHI Rom im Oktober eine Podcast-Reihe zu neuer Musik gestartet. Für alle, die Musik mögen und neugierig sind. In Zusammenarbeit mit dem Detmolder Ensemble Horizonte werden deutsch-italienische Klanglandschaften vorgestellt. Kompositionen zeitgenössischer Musik sind stets individuell und weisen eine große stilistische Vielfalt auf. Jedes Stück ist sozusagen ein eigener Kosmos, in den man eintauchen muss. Daher eröffnet der Podcast einen Zugang zu jedem Stück, bevor es in der Ausführung des Ensembles erklingt. Erklärt werden Besonderheiten der Spiel- und Kompositionsweisen sowie die Entstehungsbedingungen der Stücke.



## DHI WARSCHAU · VERANSTALTUNG

Auch in diesem Jahr war das DHI Warschau auf der Warschauer Buchmesse vertreten. Vom 26. bis 29. Mai 2022 präsentierten zahlreiche polnische Verlage und Institutionen ihr Angebot auf dem Vorplatz des Warschauer Kulturpalastes. Das DHI Warschau war mit einem rege frequentierten Informationsstand vertreten, an dem die Institutsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter über die Institutsarbeit informierten und zu Gesprächen über ihre eigenen Publikationen und Forschungsthemen einluden. Während einer Diskussion im Hauptzelt sprach DHI-Warschau-Mitarbeiter Felix Ackermann mit Sofia Dyak und Anna Wylegala über die aktuelle Frage, „wann und wie man den Krieg dokumentiert“.



## DHI WARSCHAU · YOUTUBE-REIHE

Ende 2021 ist die polnische Version von „Ordnungswahn. Architekten planen im ‚eingedeutschten Osten‘ 1939–1945“ erschienen. In seinem Buch untersucht Niels Gutschow die Aktivitäten deutscher Raum- und Stadtplaner, Architekten und Innenarchitekten sowie deren „Ordnungswahn“. Dieser sollte der Germanisierung neu unterworfenen Gebiete dienen. Anlässlich der Neuerscheinung hat das DHI Warschau in seiner neuen YouTube-Reihe „Ordnungswahn“ Gespräche mit verschiedenen Expertinnen und Experten geführt. Die Herausgeberinnen Annika Wienert und Aleksandra Paradowska sprechen mit Hanna Grzeszczuk-Brendel, Jan Salm, Christhardt Henschel, Małgorzata Popiołek-Roßkamp und dem Autor Niels Gutschow über deutsche Pläne für die Städte Poznań, Łódź, Ciechanów, Warschau und Oświęcim/Auschwitz.

ZUR YOUTUBE-REIHE  
„ORDNUNGSWAHN“



## DHI WARSCHAU · FÖRDERUNG

Neben dem laufenden Förderprogramm im Rahmen der „Forschungsperspektive Ukraine“ ist das Auswahlverfahren zum neuen Stipendienprogramm des DHI Warschau abgeschlossen. Die Ausschreibung richtete sich an Forscherinnen und Forscher aus der Ukraine, Belarus und Russland, denen die Möglichkeit genommen wurde, ihren Beruf in ihrem Heimatland auszuüben. Der Aufenthalt in Warschau soll es ihnen ermöglichen, Bewerbungen für Ausschreibungen längerer Forschungsprojekte zu verfassen, die von Forschungseinrichtungen in Polen und anderen Ländern finanziert werden. Die ersten Stipendiatinnen und Stipendiaten haben ihren Forschungsaufenthalt bereits am 1. September 2022 begonnen. Das Stipendienprogramm realisiert das DHI Warschau gemeinsam mit dem Tadeusz-Manteuffel-Institut für Geschichte und dem Institut für Archäologie und Ethnologie der Polnischen Akademie der Wissenschaften.

↩ Eindruck von den Aufnahmen mit dem Ensemble Horizonte, Detmold

↑ Miloš Řezník, Direktor des DHI Warschau, und Ruth Leiserowitz, Stellvertretende Direktorin, mit ukrainischen Stipendiatinnen

← Mitarbeiterinnen des DHI Warschau auf der Warschauer Buchmesse

← Collage von vier religiösen Gebäuden, von links oben nach rechts unten: Evangelisch-lutherische Christuskirche in Rom, Waldenserkirche von Rom, Sankt Paul innerhalb der Mauern (Amerikanische Nationalkirche in Rom), Große Synagoge in Rom



## DHI WASHINGTON · FORSCHUNG

Das DHI Washington organisiert an seinem Pazifikbüro in Berkeley und in Kooperation mit dem Hannah-Arendt-Institut in Dresden seit Anfang 2021 die internationale Standing Working Group „In Search of the Migrant Child: Global Histories of Youth and Migration between Knowledge, Experience, and Everyday Life.“ Bedingt durch die Pandemie fanden die bisherigen drei Workshops lediglich im virtuellen Raum statt. Im September 2022 präsentierte die Working Group nun erstmals auf einer regulären Konferenz in Berkeley die Arbeitsergebnisse und diskutierte diese – wie bereits in den virtuellen Workshops zuvor – mit Vertreterinnen und Vertretern der historischen Kindheits- und Migrationsforschung.

MEHR INFORMATIONEN ERHALTEN SIE UNTER  
[HTTPS://MIGCHILD.HYPOTHESES.ORG](https://migchild.hypotheses.org)

## DHI WASHINGTON · VERANSTALTUNG

Am 8. Juni 2022 war die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Bettina Stark-Watzinger, im DHI Washington zu Gast und informierte sich über die Arbeit sowie die aktuellen Forschungsschwerpunkte des Instituts. Teil ihres Besuchs war die von DHI-Direktorin Simone Lässig moderierte Podiumsdiskussion „Transatlantic Relationships in Science and Technology“. Hier diskutierten nordamerikanische Vertreterinnen und Vertreter aus Wissenschaft und Politik gemeinsam mit der Bundesministerin Aspekte des transatlantischen Wissensaustauschs, der wertebasierten Forschung und der langfristigen Bedeutung von nationalen wie internationalen Forschungsinfrastrukturen.



↑ Von Dorothea Lange im Oktober 1939 fotografierte „migrant children“ in Merrill (Klamath County, Oregon)

→ Bundesministerin Bettina Stark-Watzinger und Direktorin Simone Lässig vor dem Eingang des DHI Washington

## DIJ TOKYO · VERANSTALTUNG

Mehr als 700 Interessierte aus aller Welt nahmen im Juni an der dreitägigen Online-Konferenz „The Future of Liberalism. Japan, France and Germany in Global Context“ teil. Der französische Wirtschaftswissenschaftler Thomas Piketty (EHESS) hielt die Keynote. Im Anschluss diskutierte er mit dem Politikwissenschaftler Uno Shigeki (Universität Tokio) und der Philosophin Lisa Herzog (Groningen). An den Folgetagen präsentierten 16 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler verschiedener Disziplinen Einblicke in ihre Forschungen zu (Neo-)Liberalismus und Kapitalismus, Technologie, Digitalisierung sowie Ethik, Philosophie und Werten. Das DIJ organisierte die Konferenz gemeinsam mit dem Französischen Institut für Japanforschung am Maison franco-japonaise und dem Nippon Institute for Research Advancement.

MEHR INFORMATIONEN ERHALTEN SIE UNTER [HTTPS://DIJ.TOKYO/LIBERALISM](https://dij.tokyo/liberalism)



## DIJ TOKYO · FORSCHUNG

Im Juli hat Direktor Franz Waldenberger eine neue Forschungspartnerschaft mit dem Asia Research Institute (ARI) der National University of Singapore (NUS) unterzeichnet. Sie stellt die seit 2017 bestehende Kooperation zwischen dem DIJ und der NUS neu auf und knüpft an die Arbeiten der vorherigen Forschungsgruppe an. Gegenstand der neuen DIJ-ARI-Partnerschaft sind „Asian Infrastructures“. Dies umfasst neben Gesundheits-, Migrations- und Transportinfrastrukturen auch digitale Netzwerke, Finanzverflechtungen und Wissensinfrastrukturen. Auch die konkurrierenden Infrastrukturinitiativen Chinas und Japans sollen thematisiert werden.

↑ Franz Waldenberger (rechts) mit ARI-Direktor Tim Bunnell (links) und James D. Sidaway (NUS)



Lange geplant und pandemiebedingt sowohl zeitlich als auch räumlich verschoben: Das ursprünglich als Winterschule in Delhi geplante Symposium „Making and Un-Making Worlds of Coercion and Confinement“ fand vom 12. bis 16. September als Sommerschule in Bonn in Zusammenarbeit mit dem Bonn Center for Dependency and Slavery Studies statt. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus Deutschland, Indien, Dänemark, Brasilien und den USA begleiteten und diskutierten die Forschungen von 12 Doktorandinnen und Doktoranden von vier Kontinenten.



MWF DELHI · ERÖFFNUNGSVERANSTALTUNG

Gegründet im Juli 2021 musste das MWF Delhi pandemiebedingt seine bisherigen Veranstaltungen virtuell oder unter Ausschluss einer größeren Öffentlichkeit abhalten. In diesem Sommer war es nunmehr zum ersten Mal möglich, dass das Forum sich mit einer großangelegten wissenschaftlichen Veranstaltung auch an die wissenschaftliche Öffentlichkeit in Indien wenden konnte. Im Rahmen der Eröffnungsveranstaltung des MWF Delhi, „Dexterities and Edifices of Belonging“ vom 19. bis 21. September 2022 beschäftigten sich 25 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit Fragen der Zugehörigkeit und Partizipation in Geschichte und Gegenwart.



OI BEIRUT · FÖRDERUNG

Zu den Höhepunkten des diesjährigen Sommers gehörte die Einführung des Deutsch-Libanesischen Geschichtspreises am 3. Juni 2022 im OI Beirut. Durch die Auszeichnung vielversprechender Studierender der Geschichte soll die Lehre dieses Fachs an libanesischen Universitäten gestärkt werden. Die von der Direktorin des OI Beirut, Birgit Schäßler, initiierte Auszeichnung wird an die beste Bachelor- und Masterarbeit über die Epochen von der Frühen Neuzeit bis zur Neueren und Neuesten Geschichte des Libanon und/oder des Nahen Ostens vergeben. Die Verleihung des Deutsch-Libanesischen Geschichtspreises fand im Beisein der Stellvertreterin des Botschafters, Frau Katharina Lack, statt, die auch ein Grußwort sprach.

Das OI-Beirut-Büro in Kairo erlebt nach der Pandemie-Krisen-Pause mit seinem neuen Büroleiter Dr. Ahmed Abd-El Salam und mit Dr. Yasmin Amin als neuer Repräsentantin des OI Beirut in Kairo einen neuen Aufschwung. Der Forschungsschwerpunkt dieses Jahres ordnet sich ein in das Forschungsprofil „Beziehungen“ am OI Beirut, das von Direktorin Birgit Schäßler vor fünf Jahren eingerichtet wurde und bereits 2018 mit einem Fokus auf Mensch-Umwelt-Beziehungen in Kairo startete. Er betrachtet Religionen mit ihren Normen- und Wertesystemen nicht isoliert, sondern in der Beziehungsdynamik des Menschen zu seiner Umwelt und dem gesellschaftlichen Kontext. Die Veranstaltungsreihe des Schwerpunkts begann mit dem ersten Workshop „Theologie der Koexistenz – Verschiedene Methoden und theoretische Ansätze“ am 26./27. Juli 2022.



OI ISTANBUL · AUSSTELLUNG

Die vom OI Istanbul konzipierte Wanderausstellung „Dorfleben in Ostanatolien (1957–1979)“ zeigt Fotos deutscher Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler: Während Kurt und Ursula Reinhard (1914–1979; 1915–2006) jahrzehntelang führend in der Forschung türkischer Musik waren, gilt Dieter Christensen (1932–2017) als Pionier kurdischer Musik. Ihre Forschungsreisen führten sie in zahlreiche Dörfer Ostanatoliens, wo sie Fotos und Musikaufnahmen machten. Peter Bumke (geb. 1945) hingegen arbeitete in den 1970er Jahren als Ethnologe in Tunceli. Seine Fotos werden im September 2022 zunächst in Tunceli gezeigt, im März 2023 ist eine Gesamtausstellung im dann neu eröffneten Teutonia-Gebäude des Orient-Instituts Istanbul geplant. Abschließend verbleibt die Ausstellung im Humboldt-Forum Berlin.

↪ [Rede von Prof. Dr. Birgit Schäßler](#) anlässlich der Übergabe des [deutsch-libanesischen Geschichtspreises](#)

↑ [Hochzeit in Dersim, 1970er Jahre](#)

↗ [Kairoer Büro des OI Beirut und DAAD-Außenstelle Kairo](#)

← [Teilnehmende der Eröffnungsveranstaltung des MWF Delhi](#)



# Das Netzwerk der Euroskeptiker

TEXT · BETTINA SCHULZ

Die Skepsis gegenüber der europäischen Integration ist bisher weitgehend in den Politikwissenschaften untersucht worden. Das Verbundprojekt „Europas Gegenbewegungen. Euroskeptische Verflechtungen von den Anfängen der Europäischen Integration bis heute“ verbindet indessen die historische, soziologische und politische Forschung auf dem Gebiet. Der interdisziplinäre und grenzüberschreitende Ansatz soll das Ausmaß und die Tiefe der euroskeptischen Bewegung erfassen. Das Projekt wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung finanziert. An ihm nehmen die Deutschen Historischen Institute (DHI) in London, Rom und Warschau teil, sowie das Hamburger Institut für Sozialforschung (HIS). Zudem zählen zu den Kooperationspartnern die Ludwig-Maximilians-Universität München, die Scuola Normale Superiore in Florenz, die Sciences Po in Straßburg und die Queen Mary University in London. Gemeinsame Veröffentlichungen sollen neue wissenschaftliche Standards in der Diskussion um Euroskepsis gegenüber der Europäischen Integration setzen.

↖ Die Europa-Abgeordnete Barbara Castle mit dem damaligen Premierminister Harold Wilson von der Labour Partei. Castle kämpfte im Europa-Parlament – oft vergeblich – um eine Verbesserung der Agrarpolitik.

Wer den dauerhaften Einfluss euroskeptischer Politik erleben will, muss nur nach Großbritannien schauen. Dort prägen die Ressentiments gegenüber der EU die Politik wie selten zuvor. Boris Johnson, der in seiner Zeit als Premierminister einen harten Brexit durchdrückte, musste zwar zurücktreten, aber die Konkurrenten um seine Nachfolge, die Außenministerin Liz Truss und der ehemalige Finanzminister Rishi Sunak, folgten seiner Politik. Sie präsentierten sich diesen Sommer vor den Mitgliedern der Conservative Party so „euroskeptisch“ wie möglich. Dazu gehörten nicht nur eine demonstrativ beschworene Treue zu Margaret Thatcher, sondern auch Drohungen, mit der Northern Ireland Protocol Bill das Nordirland-Protokoll und damit einen internationalen Vertrag mit der EU brechen zu wollen. Truss und Sunak kündigten zudem an, all die „belastenden“ Regulierungen aus Zeiten der britischen EU-Mitgliedschaft streichen zu wollen – alles zu brandendem Applaus der Partei.

Diese euroskeptische – wenn nicht gar europa-feindliche – Einstellung wird oft auf zweierlei Art erklärt: Entweder es heißt, eine kleine Gruppe dogmatischer Tories habe die Partei gekapert, Johnson vor ihren Karren gespannt und Großbritannien gegen den Willen einer schweigenden Mehrheit zum Brexit verleitet. Die andere Lesart ist, dass die britische Politik seit den 1970er Jahren durch eine euroskeptische Bewegung geprägt wurde und der Brexit daher eine unabwendbare Folge der britischen Geschichte gewesen sei.

**Journalisten, Anwälte und Unternehmer: Die Kräfte außerhalb des Parlaments** „Beides ist falsch“, sagt der Historiker David Lawton, der als Doktorand am DHI London an einem Projekt zum Thema „Euro-scepticism in Britain from the 1970s to the 1990s“ forscht. Seine Arbeit ist Teil des Verbundprojektes „Europas Gegenbewegungen“. Das Forschungsprojekt betrachtet euroskeptische Bewegungen nicht nur aus dem Blickwinkel der modernen Politikwissenschaft, sondern verbindet historische, soziologische und politische Betrachtungen interdisziplinär und grenzüberschreitend. Lawton sagt: „Der Brexit war nicht unabwendbar. Aber er war auch nicht nur die Idee einer kleinen Gruppe von Tories.“ Der britische Forscher untersucht euroskeptische Strömungen anhand von Schlüsselfiguren außerhalb des Parlamentes, allen voran von Journalisten, Anwälten und Unternehmern. „Die euroskeptische Bewegung ist eine Geschichte einer ständigen Interaktion dieser Gruppen“, sagt Lawton. Daher der Titel seiner Arbeit: „Euro-sceptic ‚Futures Past‘ in Britain, 1980–2000 – the Emergence of a Trans-Sectoral Network“.

Lawton hat sich zunächst mit der Gruppe einflussreicher euroskeptischer Journalisten befasst, zum Beispiel mit dem Historiker Maurice Cowling vom College Peterhouse der University of Cambridge. Peterhouse – beziehungsweise ‚the Peterhouse right‘ – war eine Gruppe von neokonservativen Schülern von Cowling, die in konservativen Zeitungen und Magazinen veröffentlichte. In den 1970er und 1980er Jahren stand die Gruppe Thatcher äußerst kritisch gegenüber, da die Premierministerin 1986 noch half, den Europäischen Binnenmarkt aufzubauen. Schon damals hatten die Journalisten von Peterhouse Bedenken, dass das Vereinigte Königreich seine parlamentarische Souveränität einbüßen werde. Ein weiterer euroskeptischer Schreiber war der Philosoph Roger Scruton, der in „The Times“, „The Spectator“ und dem „New Statesman“ veröffentlichte. „Damals waren diese Intellektuellen zunächst Außenseiter“, sagt Lawton. „Aber nach Maastricht rückten ihre Ideen immer mehr ins Zentrum der Debatte.“

Dies trifft unter anderem für den euroskeptischen Abgeordneten Jacob Rees-Mogg zu, dessen Vater, William Rees-Mogg, Chefredakteur der Tageszeitung „The Times“ war. William Rees-Mogg entwarf mit seinem Buch „The Sovereign Individual“ die Utopie einer kapitalistischen Zukunftsgesellschaft, in der Superreiche die Welt mit ihren digitalen Möglichkeiten über alle Staatsgrenzen hinweg für sich würden ausnutzen können, während sich die sozial schwache Klasse weiterhin der Gängelei des Nationalstaates unterwerfen müsse. Rees-Mogg und der Unternehmer James Goldsmith, der mit der Referendum Partei die Vorgängerin der britischen Brexit-Partei gründete, klagten 1993 gegen den Maastricht-Vertrag. Rees-Mogg war anfänglich für die Integration, plädierte später jedoch nur noch für eine Integration der Märkte. Die Euroskeptiker traten mit europäischen Gleichgesinnten wie Manfred Brunner in Deutschland in Kontakt. „Sie nutzten die von ihnen bekämpfte europäische Integration praktisch für ihre eigene Kommunikation“, sagt Lawton. „Für sie war der Vertrag von Maastricht das Signal, gegen die EU weiterkämpfen zu müssen“.

➤ In England und Wales traten im Juni 2022 Gesetze zur Unterbindung lauter und störender Proteste in Kraft.



„Die euroskeptische Politik war immer in ein breites Feld von Journalisten, Anwälten und Unternehmern eingebettet, die Netzwerke bildeten und politischen Einfluss nahmen.“

David Lawton

**Kampf gegen das Schreckensbild eines Vasallenstaates der EU** Eine ähnliche Form von Widerstand untersucht Lawton bei einer zweiten Gruppe der gesellschaftlichen „Elite“: den Anwälten. Zu ihnen zählt der Abgeordnete Sir Bill Cash, von dem der ehemalige Finanzminister Kenneth Clarke einst behauptete, er sei der stärkste Euroskeptiker des gesamten Parlamentes. Cash führte den Widerstand der Abgeordneten gegen den Vertrag von Maastricht an. Andere, ebenfalls stark euroskeptische Anwälte, die Lawton unter die Lupe nimmt, sind der Barrister Martin Howe und Barney Reynolds von der Kanzlei Shearman & Sterling. Howe war Vorsitzender der Gruppe „Lawyers for Britain“, die mit einem „glasklaren Brexit“ verhindern wollte, dass das Vereinigte Königreich als „Vasallenstaat der EU“ fungiere, wie Howe es formulierte. Cash, Howe und Reynolds bilden den Kern der „Star-Chamber“ von Anwälten, die die Konfrontation der European Research Group (ERG) mit der EU juristisch rechtfertigt. Die ERG ist die Gruppe der Brexit-Hardliner in der Tory-Fraktion. Sie gab 2019 den Ton an, als es darum ging, die ehemalige Premierministerin Theresa May zu stürzen und Johnson mit seinem harten Brexit zur Macht zu verhelfen.

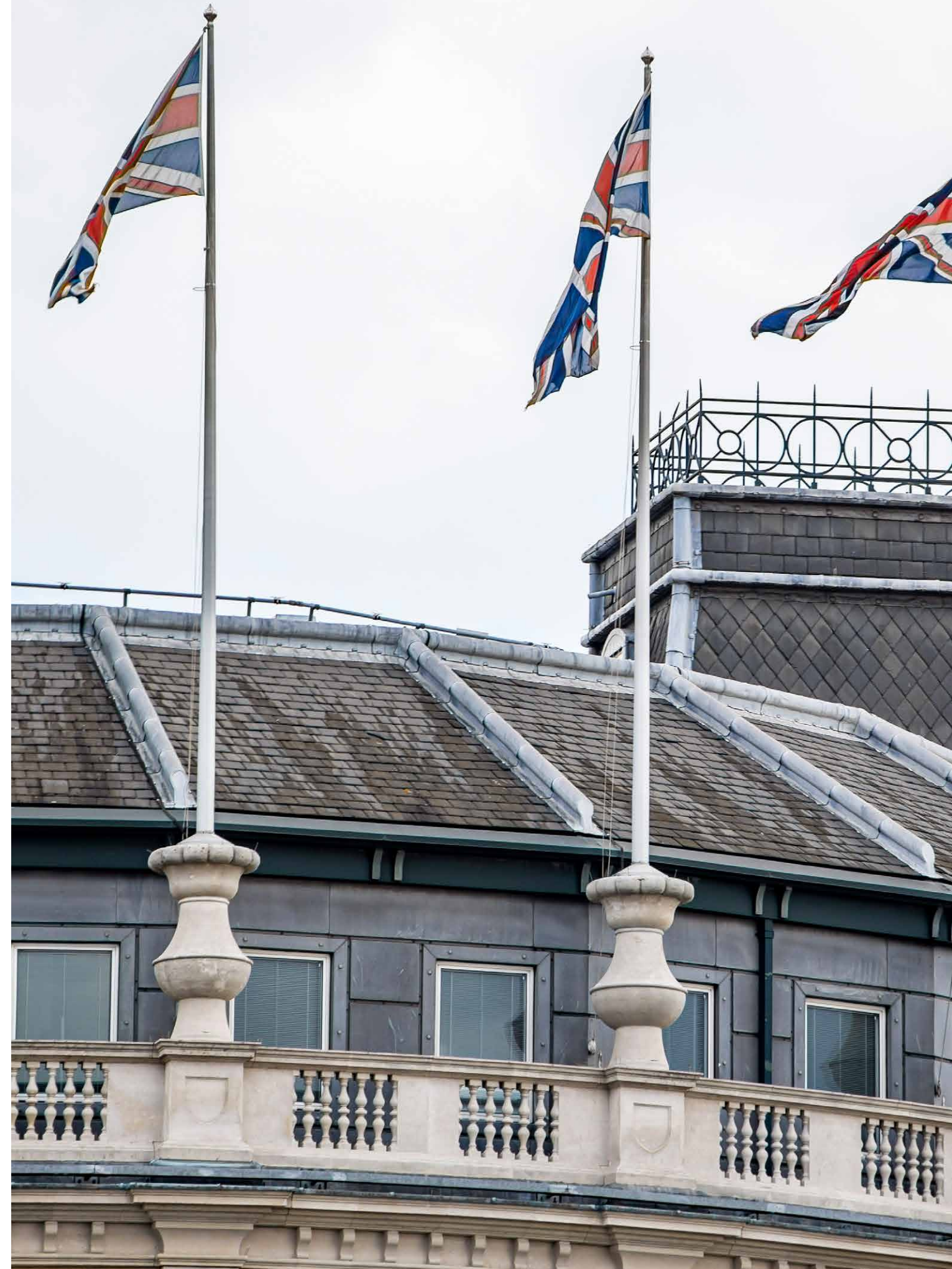
Lawton möchte sich mit der dritten Gruppe Unternehmer, vor allem in der Londoner City, anschauen, die anfangs vom Binnenmarkt begeistert waren, sich jedoch angesichts zunehmender EU-Regulierung von der Idee der europäischen Integration wieder abwandten. Dieser Ansatz leuchtet ein, sind doch viele dieser Unternehmer mit der EU aneinandergeraten, zum Beispiel Lord Bramford wegen unerlaubter Preisabsprachen seines Baukonzerns JCB und James Dyson wegen von ihm scharf kritizierter EU-Testverfahren von Staubsaugern. Ein weiteres Beispiel wäre die große Gruppe der Hedgefonds-Manager, die den Brexit und Boris Johnson bis heute persönlich unterstützen.

„Die euroskeptische Politik war immer in ein breites Feld von Journalisten, Anwälten und Unternehmern eingebettet, die Netzwerke bildeten und politischen Einfluss nahmen“, sagt Lawton. Es sei falsch, diese Euroskeptiker als „Little Englanders“ abzutun, die sich nie mit den Fakten der EU auseinandergesetzt hätten. Der Anwalt Arthur Leolin Price habe zum Beispiel die Europäischen Verträge penibel durchgearbeitet, aber wegen seiner Sorge um die parlamentarische Souveränität und das Englische Common Law an seinem Widerstand gegenüber der europäischen Integration festgehalten.

**Arbeit in Straßburg: Erfolg und Resignation** Zu einem ähnlichen Schluss kommt der Historiker William King. King forscht zum Thema „Alternative Visions of European Integration: MEPs and the European Parliament, 1979–1989“ am DHI London. Er richtet sein Augenmerk auf die euroskeptische Einstellung der Europa-Abgeordneten aus der Labour Party, der British Labour Group. Dabei untersucht King, wie weit die Abgeordneten die Politik in Brüssel beeinflussen konnten und wie ihre Erfahrungen dort ihre Einstellung veränderten. King betrachtet vor allem die 1980er Jahre. Nachdem der Sozialist und fast militante Europa-Gegner Michael Foot 1980 zum Vorsitzenden der Labour Party gewählt worden war, trat die Labour Party 1983 mit einem Wahlprogramm an, das den sofortigen Austritt aus der Europäischen Gemeinschaft (EG) propagierte. Die Euroskeptiker konnten damals nicht erkennen, wie ihr sozialistisches Gesellschaftsbild mit der EG hätte umgesetzt werden können. Für sie und die hinter Labour stehenden Gewerkschaften war die EG das Symbol des freien Marktes, auf dessen Grundlage Konzerne die europäische Arbeiterklasse umso mehr würden ausbeuten können, erklärt King.

Dennoch schickte Labour Abgeordnete nach Straßburg, die dort zwar unterschiedliche Erfahrungen machten, aber allesamt zur europäischen Integration beitrugen. Der Großteil der MEPs engagierte sich durchaus konstruktiv, insbesondere als ihnen klar wurde, dass sie mit Hilfe der Politik aus Brüssel Veränderungen in Großbritannien erreichen konnten, teilweise gar, weil damit die heimische konservative Thatcher-Regierung umgangen werden konnte. Alf Lomas, ein überzeugter Euroskeptiker, benutzte das EP als seine Bühne, von der aus er die Aufmerksamkeit auch auf internationale Angelegenheiten lenkte, vom ANC über Nicaragua bis hin zur Außenpolitik der USA. Barbara Castles Kritik an der Gemeinsamen Agrarpolitik ließ nie nach: Sie hielt die Integrationspolitik für zu wenig flexibel und auch für unfähig, Veränderungen nach sozialistischen Leitlinien zu erreichen. Aber sie engagierte sich erheblich für einen Wandel. Die Erfahrungen mit Brüssel und die Art der Euroskepsis waren daher vielfältig.

King weist jedoch darauf hin, wie sehr sich die Einstellung der Labour Party unter Neil Kinnock änderte, der 1983 den Posten des Oppositionsführers übernahm. „Langsam erkannte Labour, dass die EG Arbeitnehmerrechte durchsetzen konnte und zwar auf Wegen, mit denen sich die Politik der Thatcher-Regierung und das



britische Parlament umgehen ließ“, erklärt King. Von dem Punkt an stellten sich auch die Gewerkschaften hinter die europäische Integration. King will sich das Verhalten der Labour-Abgeordneten in der europäischen Agrar-, Umwelt-, Energie- und Industriepolitik sowie der Auslands- und Frauenpolitik ansehen.

„Es ist erstaunlich, wie vielfältig die Einstellungen nicht nur in der Partei, sondern auch unter den Europa-Abgeordneten waren“, sagt King. Auch in den Jahren der Premierminister Tony Blair und Gordon Brown und der späteren Opposition unter Jeremy Corbyn und Keir Starmer seien selbst auf höchster Ebene in der Partei immer pro- und anti-europäische Kräfte im Spiel gewesen. „Wir hatten es nie mit einem einheitlichen politischen Block zu tun, immer mit unterschiedlichen Strömungen und alternativen Sichtweisen“, sagt King. Lawton pflichtet bei: „Erst wenn man dies verstanden hat, kann man die euroskeptische Bewegung verstehen – und im Zweifel etwas beeinflussen oder ändern“.



„Es ist erstaunlich, wie vielfältig die Einstellungen nicht nur in der Partei, sondern auch unter den Europa-Abgeordneten waren. Wir hatten es nie mit einem einheitlichen politischen Block zu tun, immer mit unterschiedlichen Strömungen und alternativen Sichtweisen.“

William King



David Lawton hat an der University of Oxford und am University College London jüngere Neueste Geschichte studiert und sich mit konservativen Vorstellungen in der Architektur der 1980er Jahre und mit der Drogenpolitik der Thatcher-Jahre befasst. In seinem Forschungsprojekt an der Queen Mary University of London und dem DHI London forscht er nun zum Thema der Euroskepsis bei den britischen Konservativen seit dem britischen Europa-Referendum von 1975.



William King hat seit 2010 an der University of Lancaster, dem King's College London, der University of Cambridge und der London School of Economics and Political Science (LSE) Politik, International Relations sowie International Security and Intelligence studiert und in Internationaler Geschichte promoviert. Für seine Dissertation hat er an der LSE über die Verbreitung von chemischen Waffen und über Protestbewegungen von 1945 bis 1976 geforscht. Er hat an der Sciences Po gelehrt und forscht derzeit als Research Fellow am DHI London zur Labour Party, dem Europäischen Parlament und alternativen Vorstellungen der Europäischen Integration in der Zeit von 1975 bis 1989.

Das Vereinigte Königreich verließ die EU am Freitag, den 31. Januar 2020 um 23 Uhr britischer Zeit. Tausende feierten den Austritt aus dem Europäischen Binnenmarkt. Der Schritt war seit Jahrzehnten das Ziel der euroskeptischen Bewegung des Landes.



## Education and Urbanity

Ein gemeinsames Forschungsprojekt des Max Weber Forums Delhi (MWF Delhi) und des Deutschen Historischen Instituts London (DHI London)

↑ Teilnehmende der Tagung „Education and Urban Transformations: Marginalities and Intersections“, die vom 9. bis 11. Juni 2022 am DHI London stattfand.

Ein zentraler Aspekt der Hilfestellungen und Kooperation des DHI London im Aufbau des MWF Delhi bestand im Ausbau projektbezogener wissenschaftlicher Zusammenarbeit zwischen Deutschland, Großbritannien und Indien. Thematisch verortet war diese Zusammenarbeit insbesondere im Forschungsfeld Bildung, eingebettet in breitere sozioökonomische Dimensionen.

Ursprünglich verankert in den Strukturen der Transregionalen Forschungsgruppe „Poverty and Education“, bildete sich in den Jahren vor der Gründung des MWF mit dem Thema „Education and Urbanity“ ein zusätzlicher Forschungsschwerpunkt heraus, der nunmehr mit einer Abschlusskonferenz vom 9. bis 11. Juni 2022 in London zu seinem (vorläufigen) Ende gebracht wurde. Organisiert wurde die Veranstaltung mit dem Titel „Education and Urban Transformations: Marginalities and Intersections“ von Indra Sengupta (DHI London), Sebastian Schwecke (MWF Delhi), Nandini Manjrekar (TISS Mumbai), Geetha B. Nambissan (JNU Delhi) und Shivali Tukdeo (NIAS Bengaluru).

Das MWF Delhi bedankt sich für die langjährige Unterstützung seitens des DHI London, gleichzeitig aber auch für die Kooperation unserer indischen Partnerinnen und Partner in diesem Projekt. Neben einer substanziellen Publikationsreihe von Working Papers arbeiten wir an der gemeinsamen Open-Access-Buchpublikation der Forschungsergebnisse. Der rege Austausch vor Ort in London mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus Deutschland, Indien, Großbritannien sowie den USA und Lateinamerika spiegelte die gegenwärtige Bedeutung des Forschungsfelds wider und ermutigt uns zum Ausbau zukünftiger Kooperationen in diesem Bereich.

## Historische Perspektiven auf den europäischen Integrationsprozess



(K)eine bedingungslose Liebe – Die westdeutsche Wirtschaft und die europäische Integration

Die langjährige Beziehung zwischen der deutschen Wirtschaft und der europäischen Integration kann insgesamt als durchaus ambivalent, ja sogar in Teilen als disharmonisch bezeichnet werden. Die Liaison deutscher Wirtschaftskreise mit dem europäischen Einigungsprojekt war nicht immer bedingungslos, sondern vielmehr konditional. Während die heutige EU aus der globalen wirtschaftlichen Realität kaum mehr wegzudenken ist, mussten sich marktwirtschaftlich denkende deutsche Wirtschaftsvertreter Anfang der 1950er Jahre zunächst an den Gedanken einer möglicherweise zu Dirigismus neigenden und Protektionismus fördernden Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gewöhnen, wenngleich sie um die politische Bedeutung durchaus wussten: „Wirtschaftliche Integration generiert politische Integration“ lautete das Credo in den Kreisen des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) während der 1950er und 1960er Jahre. Wenn sich der Verband „als einen der engagiertesten Verfechter für ein geeintes Europa“ bezeichnete, so weil er, neben den politischen Vorteilen, auch seit Anbeginn um die wirtschaftlichen Chancen der Integration wusste. Allerdings war er sich ebenso möglicher Nachteile und ungewollter Auswirkungen gewahr, die er durch intensive Interessenvertretung abzuwenden versuchte.

Sowohl die nationale als auch europäische Ebene boten Vertretern der deutschen Wirtschaft in dieser Hinsicht oft vielversprechende Anlaufstellen. Gerade während der Adenauer-Ära pflegte der BDI über seinen langjährigen Präsidenten Fritz Berg gute Beziehungen.

TEXT · KATHARINA TROLL

Die 1958 gegründete „Union of Industrial Employers' Confederation of Europe“ gewährleistete den Zugang zu Vertretern europäischer Institutionen. Als Interessenvertretung diente sie indes nicht der Bestätigung des bestehenden Systems, sondern als Instrument, das Kursänderungen ermöglichen sollte.

Konkret lassen sich diese erhofften Kursänderungen beispielsweise am Erweiterungsgedanken festmachen, den der BDI vor allem seit Mitte der 1950er Jahre verwirklicht sehen wollte: Nicht die sechs EWG-Staaten sollten einen von supranationalen Institutionen freien europäischen Wirtschaftsraum bilden, sondern alle damaligen OEEC-Staaten. Ein Plan, von dem Jean Monnet, Konrad Adenauer und Charles de Gaulle nur wenig hielten. Opposition gegen die Europapolitik der Mitgliedsstaaten schloss zumindest in der Führungsspitze des BDI keineswegs offizielle Loyalitätsbekundungen gegenüber der EWG aus, während in den Hinterstübchen oder auf den gern veranstalteten „Herrenabenden“ das Scheitern der geplanten Freihandelszone (1958) und der Abbruch der ersten Beitrittsverhandlungen Großbritanniens in die EWG (1963) offen kritisiert wurden und parallel nach Alternativen und Einflussmöglichkeiten auf Regierungskreise gesucht wurde.

Insofern ist der historische Prozess des ineinander Wachsens von (deutscher) Wirtschaft und europäischer Integration eine Geschichte von Einflussnahme, von Interessenvertretung, von Methoden des Wiederaufbaus der durch den Nationalsozialismus und den Zweiten Weltkrieg zerstörten deutschen Wirtschaft, sowie konkurrierender Ideen unterschiedlicher wirtschaftlicher Nachkriegsordnungen.



Katharina Troll ist Historikerin am Hamburger Institut für Sozialforschung und arbeitet derzeit an ihrer Dissertation über westdeutsche und britische Unternehmerverbände und ihre Einstellung zur europäischen Integration im Zeitraum 1950 bis 1980. Sie studierte Geschichte an der LMU und schloss anschließend ihren Master an der Universität Augsburg in Interdisziplinäre Europastudien ab.

Philipp Müller hat an der Humboldt-Universität zu Berlin promoviert und habilitiert. Nach Forschungsaufenthalt an der Université Paris 1 Panthéon-Sorbonne und der Harvard University ist er seit 2016 Wissenschaftler am Hamburger Institut für Sozialforschung und aktuell Leiter des Verbundprojekts „(De)Constructing Europe“.

Ambivalente Europäisierung in der Energiekrise der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) von 1973/74

Zu Beginn des Jahres 1973 traten Großbritannien, Irland und Dänemark der Europäischen Gemeinschaft (EG) bei. Und noch im selben Jahr einigte man sich auf dem Gipfel von Kopenhagen darauf, die auswärtigen Beziehungen der Mitgliedsländer auf der Basis einer gemeinsamen „europäischen Identität“ gestalten zu wollen. Allerdings wurde dieses Projekt von Problemen überschattet, die sich alsbald auf die innere Harmonie der EG auswirkten. Insbesondere die Ölpreiskrise vom Herbst 1973, ausgelöst durch den Jom-Kippur-Krieg und die gedrosselte Erdölförderung der OPEC-Staaten, rief Zerwürfnisse hervor. Als die Niederlande mit westdeutscher Unterstützung vorschlugen, die nationalen Ölreserven in einen europäischen Pool zu überführen, um die drohende Energiekrise des Winters gemeinsam zu überstehen, stießen sie auf französisch-britischen Widerspruch. Als die britische Regierung anschließend auf die Umsetzung des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung drängte, machte Bonn Zugeständnisse von einer energiepolitischen Einigung abhängig. Auch weiterreichende Projekte, wie der Plan zu einer Europäischen Währungsunion, wurden durch den Konflikt blockiert.

Aus mancherlei Perspektive waren vor diesem Hintergrund in absehbarer Zeit keine gewinnversprechenden Wetten auf das Projekt der europäischen Integration abzuschließen. Die europäischen Industrieverbände waren sich 1974 darin einig, dass die Europa-Politik der Mitgliedsstaaten die durch die Ölpreiskrise entstandene Unsicherheit verstärkte und grundsätzliche

TEXT · PHILIPP MÜLLER

Fragen aufwerfe. Die Führung des Bundesverbands der Deutschen Industrie zeigte sich im Sommer des Jahres besorgt, dass „die europäische Gemeinschaft sich mehr und mehr durch Interessenkonflikte auflöst“. Die Krisendiagnosen riefen eine Vielzahl von Reaktionen hervor, darunter auch solche, die nach alternativen Möglichkeiten einer europäischen Wirtschaftskooperation suchten.

Krisen sind Momente der Entscheidung und im Rückblick mag es so scheinen, dass die Probleme der EWG während der 1970er Jahre dazu beigetragen hätten, anschließenden Integrationsmaßnahmen den entscheidenden Schub zu verleihen. Für die Zeitgenossen war diese Entwicklung jedoch nicht absehbar, viele blickten vielmehr skeptisch auf den damaligen Gang der europäischen Einigung. Die Strategien, die sie aufgrund dieser Einschätzung verfolgten, waren nicht von der Hoffnung auf eine vertiefte Integration getragen. Sie zweifelten vielmehr an den Erfolgsaussichten und orientierten ihre Handlungen in entsprechender Weise.

Hieraus ist eine grundsätzliche Folgerung für das historische Verständnis der europäischen Integration abzuleiten. Analysen des Integrationsprozesses müssen den Ambivalenzen Rechnung tragen, die in den Augen beteiligter und betroffener Akteure ihren Verlauf kennzeichneten. Europa war kein einheitliches, sondern vielmehr ein umstrittenes politisches Ziel, das gerade in und aufgrund dieser Unschärfe für Akteurinnen und Akteure praktisch bedeutsam wurde. Unterschiedliche Schattierungen von Skepsis und Opposition waren deshalb früh Bestandteil der Wahrnehmung des europäischen Einigungsprozesses und haben seinen Verlauf bestimmt.

# Italien und die EU. Beziehungsstatus: Es ist kompliziert



Italien und die Europäische Union sind auf das Engste miteinander verbunden. Doch die Beziehung ist kompliziert. Zwei Mitarbeiter des Deutschen Historischen Instituts in Rom (DHI Rom) zeigen, dass dieses Phänomen historische Wurzeln hat, die die EU seit ihrer Gründung beeinflussen.

Italien gehört zu den Gründungsmitgliedern der EU: In seiner Hauptstadt wurden 1957 die Römischen Verträge unterschrieben, ein zentraler Schritt in Richtung der Staatenunion. Heute ist Italien nach Deutschland und Frankreich die drittgrößte Wirtschaft der EU und Nettozahler des EU-Haushalts. Unter seinem vorigen Ministerpräsidenten Mario Draghi nahm das Land kürzlich erstmals seit Jahren auch wieder eine politische Führungsrolle in der Union an der Seite Deutschlands und Frankreichs ein.

Doch diese Verbundenheit schützt nicht vor Kritik. Im Gegenteil. In Italien steht die EU stets auf dem Prüfstand. Politik und Öffentlichkeit arbeiten sich wie in keinem anderen großen EU-Land – seit dem Brexit – an der Staatenunion und ihren vermeintlichen Fehlern ab: Zu viel Einmischung in den Alltag der Bürger bei zu wenig Gehör für italienische Probleme wie die Migration über das Mittelmeer.

So verhalf 2018 auch eine Anti-EU-Haltung der populistischen Fünf-Sterne-Partei zum Sieg bei der Parlamentswahl. Und auch die Fratelli d'Italia, die die Wahl 2022 gewonnen haben, stehen der EU kritisch gegenüber.

**Die EU wächst dank und trotz Kritik** Nun fürchten Beobachter, dass die neugewählten Skeptiker aus Rom in Brüssel für Unruhe sorgen – und die voranschreitende EU-Integration behindern könnten. Dabei lässt ihre Argumentation glauben, dass die EU-Kritik in Italien ein neues Phänomen sei, das seinen Ursprung in den Verträgen von Maastricht und den Folgen der Wirtschafts- und Eurokrise ab 2008 hatte.

☞ Von Straßburg bis Rom. Italienische Bauern nehmen am 25. März 1980 an einer europäischen Protestaktion in Straßburg teil.

TEXT · VIRGINIA KIRST

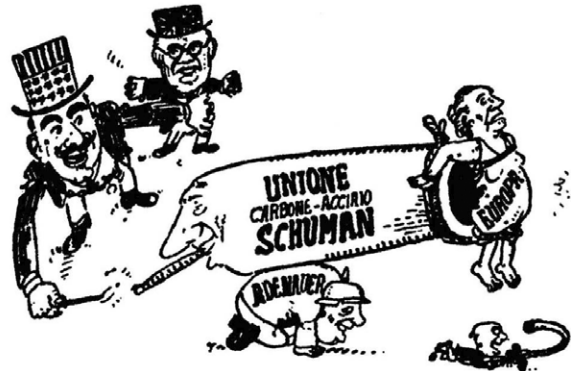
Doch diese Sicht greift zu kurz: Wie zwei Forschungsprojekte des DHI Rom zeigen, ist Kritik seit jeher ein inhärentes Element des Projekts der EU. Gerade in Italien. Erst die Widerstände haben die Staatenunion zu dem gemacht, was sie heute ist.

Daher untersuchen Antonio Carbone und Andrea Carlo Martinez seit April 2021 im Verbundprojekt „Europas Gegenbewegungen. Euroskeptische Verflechtungen von den Anfängen der Europäischen Integration bis heute“, wie die europäische Integration den italienischen Diskurs geprägt hat, und welchen Einfluss der italienische Diskurs auf die Entstehung der EU hatte. Gleichzeitig ermöglichen ihre Erkenntnisse über jene historischen Gegenbewegungen einen neuen Blick auf moderne Kritiker.

Ihre Arbeit setzt bei der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) an, also den Ursprüngen der EU. Carbone und Martinez gehen von der Annahme aus, dass die Entstehung der EU rückblickend konfliktfreier dargestellt wird, als sie war: „Es stimmt nicht, dass die europäische Integration stets linear verlaufen ist und erst in der jüngeren Vergangenheit auf Probleme gestoßen ist“, sagt Carbone. „Es hat schon immer alternative Visionen der europäischen Integration gegeben.“

**Von Orangen und Oliven zur Gemeinschaftswährung** Seine Post-Doc-Forschung geht von dieser These aus, indem sie etwa Parallelen zwischen den Schwierigkeiten bei der Süderweiterung der EWG in den 1970er und 1980er Jahren und heutigen Problemen der EU aufzeigt. Denn schon damals wuchsen Themen, die bei der Erweiterung nicht detailliert geklärt worden waren, mit den Jahren zu großen Problemen heran, die schließlich das Selbstverständnis der Union bedrohten.





← Eine sozialistische Karikatur von 1950 präsentiert die europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl als US-amerikanisches Projekt, dem Europa geopfert wird.

→ Die faschistische Wochenzeitung „Asso di Bastoni“ kritisiert auf ihrer Titelseite im Februar 1957, dass Europa keine Seele habe – die gleiche Kritik, die rechtsnationalistische Politikerin Giorgia Meloni im April 2022 formuliert.

Vor der Süderweiterung der EWG etwa, waren zwei Drittel des Budgets für die gemeinsame Agrarpolitik ausgegeben worden. Landwirtschaftliche Themen dominierten daher die Politik. Darum sorgte die Frage, ob Griechenland, Spanien und Portugal in die EWG aufgenommen werden sollten, für Zerwürfnisse: Denn einerseits würden sie den italienischen und französischen Landwirten damit bei Orangen, Zitronen und Oliven Konkurrenz innerhalb der EWG machen. Gleichzeitig würde sich aber das geopolitische Gleichgewicht der Gemeinschaft und ihre Prioritäten in Richtung Süden und Mittelmeerraum verschieben.

„Schon damals sehen wir die Auseinandersetzungen über die unterschiedlichen Vorstellungen von Solidarität und die Nord-Süd-Konflikte. Themen, die wir heute in der EU nur zu gut kennen“, sagt Carbone. Viele Vorurteile, die heute das Zusammenleben in der Union erschweren, schwelten bereits: Etwa die Vorstellung, dass die Mittelmeerstaaten auf die ökonomische Unterstützung der anderen europäischen Länder angewiesen seien, während sich die reicheren Länder gegen solidarische Verteilungsversuche stellten, um die eigenen Vorteile nicht zu gefährden. „Diese Fragen waren schon 1980 präsent, sind nicht gelöst worden und tauchen jetzt mit erneuter Stärke wieder auf“, sagt Carbone.

Er sieht hier eine Parallele zum Euro, der ebenfalls eingeführt wurde, ohne dass die Staatengemeinschaft vorab Konfliktpotenzial ausreichend geklärt hätte. So kam die Gemeinschaftswährung, ohne etwa die Fiskalpolitik anzupassen. Das Kalkül war, dass die Länder sich über die Jahre annähern würden. Bisher wurde diese Hoffnung jedoch teilweise enttäuscht und die daraus resultierenden Spannungen drohen immer wieder, die EU zu sprengen.

Aus einzelnen Bewegungen wird ein gemeinsamer Kampf Im Detail untersucht Carbone die Diskussion von Mitte der 1970er Jahre bis 1986, als nach Griechenland

auch Portugal und Spanien in die EWG aufgenommen wurden. Im Gegensatz zum herkömmlichen Fokus, der die Geschichte der EWG von den Institutionen her betrachtet, konzentriert Carbone sich auf die italienischen Bauernverbände: Er vollzieht die Konflikte zwischen den Verbänden und ihre unterschiedlichen Haltungen zur EWG nach, um zu verstehen, wie das Projekt wahrgenommen und diskutiert wurde – und welchen Einfluss das wiederum auf die EWG selbst hatte.

„Ein erster Effekt, den ich sehe, ist, dass zwischen den europäischen Bauern ein Integrationsprozess stattfindet. Aus vereinzelten Protesten gegen die Politik der EWG, etwa wegen der Kürzung von Subventionen, entwickeln sie einen gemeinsamen Kampf“, sagt Carbone. Ein erstes transnationales Netzwerk von Kritikern der europäischen Integration entsteht. Das zu verstehen, sei für die kollektive europäische Identität wichtig, glaubt er: „Die europäische Integration ist eine zackige Linie und die Gegenbewegungen haben einen wichtigen Anteil daran.“

Das will auch Andrea Carlo Martinez in seinem Forschungsprojekt belegen. Dafür beschäftigt er sich mit der Rolle der italienischen Medien an den verschiedenen Wendepunkten in den frühen Tagen des europäischen Projekts. Einer dieser Punkte ist die Unterzeichnung der Römischen Verträge. Besonders interessiert Martinez dabei der Diskurs in kleinen, lokalen Zeitungen, die frei vom Einfluss der mächtigen pro-europäischen Regierung in Rom sind.

„Bisher habe ich herausgefunden, dass die Situation in den 1950er Jahren facettenreicher war, als sie heute dargestellt wird“, sagt Martinez. Die Haltung der Kommunisten ist gemeinhin bekannt: Sie lehnten die EWG als US-amerikanisches Projekt ab. Doch schon die Position der Föderalisten ist weniger bekannt. Auch sie standen der EWG kritisch gegenüber, aber aus gegenteiligen Gründen: Die politische Integration ging ihnen nicht weit genug. Sie wollten einen europäischen Megastaat





„Debatten und Austausch sind das Herzstück des Prozesses der europäischen Integration. Es ist gesünder, sie nicht automatisch auszugrenzen.“

Andrea Carlo Martinez

↑ Der Präsident des italienischen Bauernverbands Coldiretti, Arcangelo Lobianco, spricht am 22. März 1981 auf einem Kongress über die Landwirtschaft im Mittelmeerraum und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft.

errichten – die Vereinigten Staaten von Europa. „Ironischerweise haben wir also die pro-europäischsten Menschen im Land, die das kritisieren, was als der grundlegende Vertrag der Europäischen Gemeinschaft angesehen wird“, sagt Martinez.

Kritik, die auch 65 Jahre später noch besteht Eine weitere überraschende Position, die Martinez in seiner Forschung zutage gefördert hat, stammt aus dem neofaschistischen Wochenmagazin „Asso di Bastoni“. Es publizierte kurz vor der Unterzeichnung der Verträge einen Artikel, der forderte, dass Europa eine Seele brauche, weil es sonst eine langweilige, bürokratische Institution bleibe, die sich nicht wirklich mit den Ideen der europäischen Einheit und Zivilisation beschäftige. Europa braucht eine Seele? „Damals war diese Idee völlig neu“, sagt Martinez. „Heute hingegen ist es ein häufiges Motiv in den Debatten über die europäische Integration, das auch die spätere Wahlsiegerin Giorgia Meloni in ihrem Wahlkampf 2022 verwendet hat.“

Zwischen diesen Polen positionieren sich die damals in Italien regierenden Christdemokraten, die die europäische Integration in ihrem Sinne vorantreiben. Jeden, der ihre Vision eines geeinten Europas anführt, markieren sie als Anti-Europäer oder Skeptiker und drängen ihn an den Rand der Debatte. Ein Fehler, wie Martinez glaubt: „Die EU und ihre Institutionen haben lange Zeit die Sicht vertreten, dass die europäische Einheit unvermeidlich ist und jeder, der das kritisiert, antieuropäisch ist.“ Doch durch die Ausgrenzung solcher Strömungen könne eine mächtigere Bewegung entstehen, die der EU erst recht gefährlich werden könne.

Auch hier sieht er eine Parallele zur jüngeren Vergangenheit: So seien auch in der Brexit-Debatte die Ängste der Leave-Befürworter als antieuropäisch abgestempelt und von der Stay-Fraktion daher nicht ernst genommen worden. Mit dem Ergebnis, dass die Sorgen von rechtsnationalistischen Politikern ausgenutzt und schließlich in ein Leave-Votum verwandelt werden konnten.

Martinez ist davon überzeugt, dass es nicht so weit gekommen wäre, wenn die EU-Kritik der Menschen ernsthaft diskutiert worden wäre. Er hofft, dass seine Forschung dazu beiträgt, anzuerkennen, dass Kritik am Projekt der EU seit jeher existiert hat: „Debatten und Austausch sind das Herzstück des Prozesses der europäischen Integration. Es ist gesünder, sie nicht automatisch auszugrenzen.“



Antonio Carbone ist seit April 2021 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am DHI Rom im Verbundprojekt „Europas Gegenbewegungen“. Zuvor promovierte er an der Technischen Universität Berlin und war Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Freien Universität Berlin. Dort analysierte er in seiner Doktorarbeit, wie Epidemien im Buenos Aires des 19. Jahrhunderts den Stadtraum beeinflusst haben. Carbone forscht bevorzugt zu Globalgeschichte mit Schwerpunkt auf Südeuropa und Lateinamerika und zur Geschichte der europäischen Integration.



Andrea Carlo Martinez promovierte seit April 2021 im Verbundprojekt „Europas Gegenbewegungen“ am DHI Rom. Davor studierte er Theologie und Religion an der Universität Oxford und Internationale Beziehungen und Politik an der Universität Cambridge. Sein Interesse für Euroskeptizismus fließt nicht nur in seine Forschung ein, sondern auch in seine journalistischen Artikel, die er etwa für das TIME Magazine, Euronews und The Independent schreibt.

## Was macht eigentlich ...



Seit Oktober 2021 leitet Alexandra Heidle-Chhatwani die Geschäftsstelle der Jungen Akademie in Berlin. Nachdem die Religionswissenschaftlerin 2009 in Heidelberg zum Thema „Individualreligiosität im religionspädagogischen Raum“ promoviert wurde, studierte sie berufsbegleitend Wissenschaftsmanagement in Speyer. Heidle-Chhatwani hat bereits für unterschiedliche Institutionen als Wissenschaftsmanagerin gearbeitet und war von 2014 bis 2018 als Verwaltungsleiterin des Deutschen Historischen Instituts in Paris (DHI Paris) tätig.

Was fällt Ihnen als Erstes ein, wenn Sie an Ihre Zeit am DHI Paris denken?

Die Zeit als Verwaltungsleiterin des DHI Paris war mehr als eindrucksvoll: Ich habe die Auslandsinstitute als herausragende Leuchttürme im bilateralen Wissenschaftsdialog an ihren Auslandsstandorten wahrgenommen und die Wertigkeit der Max Weber Stiftung im internationalen Wissenschaftsaustausch kennenlernen dürfen. Was bleibt, ist die Verbundenheit zu Menschen, die aufgrund der besonderen Max-Weber-Strukturen über die unmittelbare Zeit am DHI hinaus wirkt.

Was haben Sie von Ihrem Aufenthalt in Frankreich mitgenommen?

Forschen-Vermitteln-Qualifizieren: Das Credo des DHI Paris eint die internationale Forschungslandschaft und ist zugleich ein fragiles Gut. Um diesen implizierten Auftrag zu erfüllen, bedarf es nicht nur eines institutionellen Rahmens, sondern auch Menschen, die sich diesem Auftrag immer wieder neu verschreiben – auf wissenschaftlicher Seite wie auf Seiten des Forschungsservice. Es bedarf Menschen, die immer wieder Ziele neu verhandeln, sich für optimierte Forschungs- und Arbeitsbedingungen einsetzen, ein institutionelles Haus mit Leben füllen und trotz und wegen institutioneller, gesellschaftlicher oder politischer Herausforderungen an einem Strang ziehen.

Was beschäftigt Sie derzeit?

Heute wie damals liegt es mir am Herzen, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in einer herausfordernden Karrierephase zu unterstützen und im Rahmen meiner Möglichkeiten Impulse in Debatten hineinzugeben. Die Junge Akademie möchte diese prominent auch im wissenschaftspolitischen Diskurs setzen, strukturelle Veränderungen im Wissenschaftssystem anstoßen oder durch innovative Wissenschaftskommunikation eine Brücke in die Gesellschaft, die Künste oder die Politik schlagen.

Der skeptische Blick auf Europa hat in Polen eine lange Tradition – auch, wenn er in der jüngeren Geschichte kaum eine Rolle spielt: Die Zustimmungsraten zur polnischen EU-Mitgliedschaft sind kontinuierlich hoch. Die Argumente gegen die EU haben verschiedene Wurzeln, und bis heute spiegeln sich darin die Debatten der vergangenen Jahrzehnte wider. Das Spektrum der EU-Gegner reicht von kirchlichen Traditionalisten über nationalistische Politiker bis hin zu panslawischen Idealisten. Auch die Angst vor Deutschland im Westen und Russland im Osten taucht im Diskurs immer wieder auf. Zwei Forschungsprojekte, die im Rahmen des Verbundprojekts „Europas Gegenbewegungen“ durchgeführt werden, untersuchen den polnischen Euroskeptizismus nun zum ersten Mal aus historischer Perspektive.

# Von Wendepunkten und Kontinuitäten



Am Anfang gab es wichtigere Themen als Europa: Zurück ins Polen der 1980er Jahre, in ein Land, das geprägt war von den Protesten der Solidarnosc-Bewegung und vom Traum vieler Bürgerinnen und Bürger, mehr Freiheit zu erringen. Unterschiedliche Aktivisten und Gruppierungen rückten damals ins Scheinwerferlicht, jeweils mit eigenen Schwerpunkten. Was sie einte: Sie waren gegen die Regierung, gegen die Sowjetunion und für Menschenrechte. Über die damalige Europäischen Gemeinschaft machten sich viele keine Gedanken – zu drängend waren die aktuellen, die ganz gegenwärtigen Probleme. Wie unterschiedlich die Ansichten zu Europa waren, die die Akteure jener gesellschaftlichen Umbrüche hegten, zeigte sich in aller Deutlichkeit erst nach den Wendejahren 1989, 1990 und 1991.

Mit den tiefen Wurzeln des polnischen Euro-Skeptizismus beschäftigen sich zwei Forschungsprojekte am Deutschen Historischen Institut Warschau (DHI Warschau) – und zwar aufgeteilt in zwei Phasen: Um die Zeit bis zum EU-Beitritt geht es in der einen Analyse, die andere schaut auf die Jahre 2007 bis 2017. „Das Spannende ist: Die Politikwissenschaft hat sich schon ausführlich mit diesem Thema beschäftigt. Als Historikerinnen aber mit unserer speziellen Herangehensweise sind wir Pioniere auf diesem Feld“, sagt Olga Gontarska, die eines der beiden Projekte verantwortet. Und ihre Kollegin Beata Jurkowicz, die das andere Projekt leitet, ergänzt: „Der Euroskeptizismus hat nie eine große Rolle gespielt in der Forschung, weil die Unterstützung für die EU unter den Polen so hoch ist.“ Erst mit dem Erfolg der PiS-Partei und mit dem Brexit-Referendum sei das Thema auch in der Wissenschaft stärker beachtet worden. Und da sei insbesondere der geschichtswissenschaftliche Aspekt wichtig, so Jurkowicz: „Mit historischen Fragen kann man die Menschen auch heute beeinflussen.“

**Historische Erklärungsmuster zu heutigen Argumenten** Methodisch steht eine qualitative Diskursanalyse im Mittelpunkt der Untersuchungen: Wie haben die Medien über die unterschiedlichen Strömungen berichtet, welche Meinungen und Positionen gab es, wie gut waren sie zu hören? Und auch: Welche Auffassungen wurden im intellektuellen Diskurs vertreten, etwa in der Exilpresse während der kommunistischen Zeit? Aus diesen Mosaiksteinchen, das ist das Ziel der beiden Forschungsprojekte, soll sich ein Erklärungsmuster zusammensetzen für die Entstehung der euroskeptischen Positionen, die heute in der polnischen Debatte zu hören sind.

Eine Reihe von Wendepunkten wird bei den Untersuchungen besonders berücksichtigt. Neben der Zeit um die politische Wende herum ist es die Phase von 1998



## „Ab 2007 hörten die Polen nach der Aufnahme von Bulgarien und Rumänien auf, sich als ‚die Neuen‘ in der EU zu betrachten.“

Olga Gontarska

↑ Euphorie am 1. April 2004: Polnische Bürgerinnen und Bürger in Zabrze feiern ihren EU-Beitritt.

bis 1999, in der die EU-Beitrittsverhandlungen begannen und der NATO-Beitritt stattfand. Die Jahre 2003 und 2004 waren durch das Referendum und den anschließenden EU-Beitritt gekennzeichnet, aber auch durch die polnische Entscheidung, am Krieg im Irak teilzunehmen. Die Jahre 2007 und 2008 waren dann durch den Beitritt zum Schengenraum, durch die nächste EU-Erweiterungsrunde und die Debatte zum Lissabonvertrag geprägt. Und schließlich die Phase von 2015 bis 2017: In ihr erstarkte die PiS-Partei und es wurde über das Haus der Europäischen Geschichte gestritten, das in Brüssel seine Eröffnung feierte.

**„Manifest für die Außenpolitik im freien Polen“** Mit der Frühphase der euroskeptischen Gedanken setzt sich Forscherin Beata Jurkowicz auseinander. Als einschneidenden Debattenbeitrag, der die polnische Position über Jahre dominieren sollte, bewertet sie das Essay „Zwei Vaterländer, zwei Patriotismen“ von Jan Józef Lipski, das 1981 in der polnischen Exilzeitschrift „Kultura“ veröffentlicht wurde. Um die Vertreibung der Deutschen ging es darin vordergründig, aber dahinter schienen zentrale Fragen zum polnischen Kurs in Richtung Europa auf: die Aussöhnung von Deutschen und Polen ebenso wie der Freiheitsdiskurs in der Ukraine und der Status von Belarus. „Dieses Essay wurde später quasi zum Manifest für die Außenpolitik im freien Polen“, urteilt Beata Jurkowicz und weist auf einen Aspekt hin, der seither immer wieder auftaucht: Der Euroskeptizismus gehe fast immer einher mit einer Abgrenzung von Deutschland, einer feindseligen Rhetorik gegenüber Deutschland. Rund um die Wendejahre war es die Angst davor, dass „die Deutschen“ zurückkämen und massenhaft „unser Land“ aufkauften, später stand die vermeintliche politische Dominanz der Deutschen in Brüssel am Pranger. „Diese Auseinandersetzung mit Deutschland wiederum geht zurück auf Wurzeln im 19. Jahrhundert, auf Bismarcks Politik und die polnische Teilung“, so Jurkowicz – ein Narrativ, das die Argumente und Positionen bis heute beeinflusst.

Die Akteure der demokratischen Opposition waren sich im Ziel ihrer Bestrebungen einig – Freiheit für Polen –, aber in Sachen Europa hatten sie unterschiedliche Auffassungen und machten teils auch Wandlungen durch. Da gab es Ruch Młodej Polski (deutsch: Bewegung des Jungen Polens), am Anfang eine konservativ-antikommunistische Bewegung. Dann das linksgerichtete Komitee Obrony Robotników (Komitee zur Verteidigung der Arbeiter) und die Konfederacja Polski Niepodległej (Konföderation des unabhängigen Polens). Einige der führenden Akteure in diesen Organisationen wie Paweł Adamowicz oder Krzysztof Król waren anfangs skeptisch,

machten dann aber einen Wandel hin zu überzeugten Europäern durch, andere gingen den entgegengesetzten Weg – unter ihnen Jarosław Kaczyński.

**Die Osterweiterung von 2007 als Wendepunkt?** Die Studie von Olga Gontarska beginnt in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre. „Das Jahr 2007 mit der Aufnahme von Bulgarien und Rumänien markiert einen Moment, in dem die Polen aufhörten, sich selbst als ‚die Neuen‘ in der EU zu betrachten“, ist ihre Wahrnehmung: „Und diesen Prozess möchte ich im Detail untersuchen.“ Gontarska will tiefer einsteigen in das Thema, als es eine bloße Betrachtung der historischen Umfragewerte ermöglichen würde. „Für mich ist es unheimlich spannend, die Entwicklungen, die ich als Zeitzeugin ja selbst miterlebt habe, jetzt auf einer wissenschaftlichen Ebene zu beleuchten“, sagt sie.

In ihrer Analyse gruppiert sie die europaskeptischen Positionen nach ihrer Herkunft und Motivation in einige Oberkategorien ein. Da ist der katholische Symbolismus mit der Angst einiger konservativer Kirchenvertreter, dass die Kirche an Einfluss und Deutungsstärke verlieren könnte, wenn die EU zu sehr erstarken würde. Da ist die Selbst-Heroisierung – eine Strömung, deren Vertreter betonen, dass die EU den Polen wegen des Siegs über den Kommunismus zu Dank verpflichtet sei. Andere wiederum betonen eine polnische Opferrolle und blicken dafür auf die Geschichte des 20. Jahrhunderts zurück. Der Westen, zu dem nach dieser Rhetorik auch die USA gehören, habe Polen verraten. Und dann gibt es noch die Verfechter eines regionalen Sonderwegs, die sich wünschen, dass Polen sich nicht in der EU verortet, sondern eher in mitteleuropäischen Verbänden.

**Die Parole vom „Nein zum Brüsseler Diktat“** In der chronologischen Entwicklung durchliefen die Stimmungen gegenüber der EU unterschiedliche Phasen – von der Transformationserfahrung, bei der sich einige als unerwünscht vom als elitären Club erlebten Europa fühlten, über ein bloßes Nachlassen der anfänglichen (nicht zuletzt wirtschaftlichen) Strahlkraft bis hin zur Befürchtung einer politischen Unterordnung, die in der Parole vom „Nein zum Brüsseler Diktat“ kulminiert.

„In diesen beiden Ebenen, ob man nun eine chronologische und eine inhaltliche Sortierung vornimmt, lassen sich die verschiedenen Schichten des polnischen Euroskeptizismus zeigen“, sagt Olga Gontarska. Ihr Forschungsprojekt lässt sie bewusst beim Jahr 2017 enden. Damals wurde in Brüssel das „Haus der Europäischen Geschichte“ eröffnet – ein gewaltiges Ausstellungsprojekt, das die EU und die Wege zur europäischen Integ-



ration anschaulich machen soll. Zehn Jahre Vorlaufzeit gingen der Eröffnung voraus, federführend beteiligt war auch der polnische Historiker Włodzimierz Borodziej. Nach der Eröffnung allerdings wurde vor allem aus Polen viel Kritik an der Ausstellung geäußert. Der damalige Warschauer Kulturminister schrieb: „Es scheint, als sei die Darstellung der Religion und der Idee der Nation als Wurzel allen Übels in der Geschichte unseres Kontinents Ausdruck einer ideologischen, linken Gesinnung der Ausstellungsmacher.“

In dieser Debatte seien viele der euroskeptischen Argumente und Sentimente kulminiert, die sich seit Jahrzehnten in Polen entwickeln. Deshalb sei die Diskussion um das Haus der Europäischen Geschichte ein geeigneter Schlusspunkt für die Betrachtung in dem Forschungsprojekt.

↪ Die Grenze auf: Polens Beitritt zum Schengenraum im Jahr 2007 war ein Meilenstein.



Beata Jurkowicz ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin am DHI Warschau. Im Rahmen des Verbundprojekts „Europas Gegenbewegungen“ beschäftigt sie sich mit demokratischer Opposition in der Volksrepublik Polen und ihr Verhältnis zu Werten der Europäischen Union. Die promovierte Politologin spezialisierte sich in ihrer bisherigen Forschung stark auf die deutsch-polnischen Beziehungen. Mit der EU hatte sie in ihrer Karriere auch schon öfters zu tun: 2011 erhielt sie das Robert Schuman Stipendium am Europäischen Parlament, derzeit gehört sie zudem dem Expertenteam bei der Vertretung der Europäischen Kommission in Polen an.



Olga Gontarska ist promovierte Historikerin, langjährige Journalistin und TV-Marketing- und PR-Managerin. Bevor sie am DHI Warschau als Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Projekt „Europas Gegenbewegungen“ anfang, arbeitete sie unter anderem an der Universität Warschau als Verantwortliche für die Zusammenarbeit mit den Ländern Mittel- und Osteuropas.

# Rechtsextreme Europavisionen



Der ehemalige britische Faschistenführer Oswald Mosley wurde in der Nachkriegszeit zum fanatischen Europäer.

Die extreme Rechte gilt heute als dezidiert euroskeptisch. Die Forschung des am Hamburger Institut für Sozialforschung (HIS) beschäftigten Historikers Alexander Hobe zeigt jedoch, dass viele Rechtsextremisten der Nachkriegszeit ein supranationales Europa im Sinn hatten. Der Traum eines geeinten faschistischen Kontinents war in den einschlägigen Szenen über lange Zeit sehr populär. Erst in den 1980er Jahren zer-  
schlugen sich solche Illusionen.

Die EU wird von Rechtsextremen in Europa meist als historischer Irrweg betrachtet, als ein widernatürliches Gebilde, das man so schnell wie möglich abschaffen sollte. Brüssel als einen Hort verknöchelter Funktionseliten zu geißeln, die das „Volk“ einem fremden Diktat unterwerfen, gehört fest zur Liturgie der Neuen Rechten. Politikwissenschaft und die politische Mitte ordnen den rechten Rand in aller Regel als euroskeptisch, ja europafeindlich ein.

Folgt man dem am HIS beschäftigten Historiker Alexander Hobe, waren europäische Rechtsextremisten indes keineswegs immer schon „gegen Europa“. Eine paneuropäische Einheit sei für viele Nationalisten der Nachkriegszeit vielmehr ein positiver Bezugspunkt gewesen. Die europäische Supranation als politischer Fluchtpunkt fanatischer Faschisten?

Dass die europäische Integration kein Selbstläufer war, kein schnurgerader Weg, der mehr oder weniger notwendig zu einem liberal-demokratisch ausgerichteten Staatenverbund führen musste, ist eine der Ausgangsthese von Hobes Dissertationsprojekt „Europabegriffe der nationalen und konservativen Rechten in der deutschen und der französischen Nachkriegszeit“. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts gab es auch andere Pläne für einen geeinten europäischen Kontinent, die mit dem Europa, in dem wir heute leben, nicht besonders viel gemein haben.

Hobes Forschung ist Teil des von der Max Weber Stiftung (MWS) ausgerichteten und vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) finanzierten Verbundprojekts „Europas Gegenbewegungen. Euroskeptische Verflechtungen von den Anfängen der Europäischen Integration bis heute“. Neben Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern der MWS-Institute in London, Rom und Warschau, sind an dem Projekt auch mehrere Forschende des HIS beteiligt.

TEXT · CHRISTOPH DAVID PIORKOWSKI

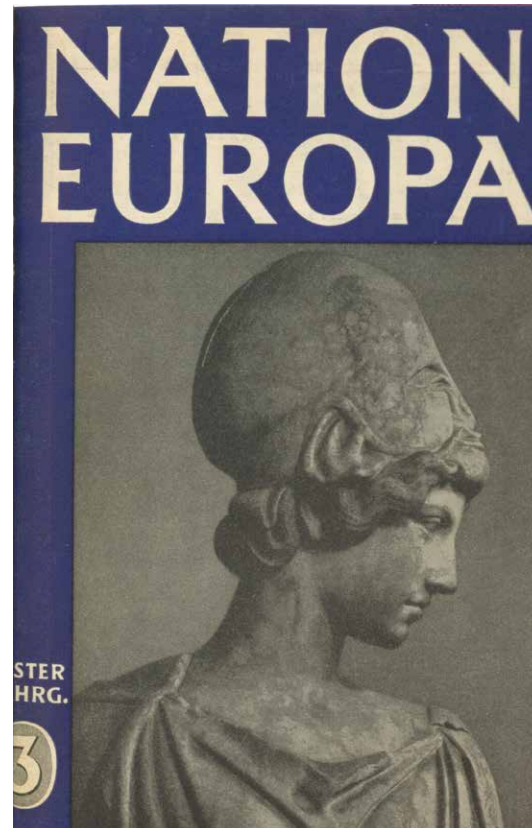
Alexander Hobes Arbeit indes büstet den Projekttitle gegen den Strich: Möchte er doch zeigen, dass der Rechtsextremismus in Deutschland und Frankreich nicht gegen Europa polemisierte, sondern – zumindest in weiten Teilen – mehr euroenthusiastisch als euroskeptisch war. Zu diesem Zweck hat sich der junge Berliner Historiker unter anderem in diverse rechtsextreme Publikationen der Nachkriegszeit eingelese, etwa die französische Zeitschrift „Rivarol“, die „Deutsche Soldaten Zeitung“ und das die paneuropäische Programmatik schon im Titel führende Magazin „Nation Europa“ – die wichtigste Plattform des sich intellektuell gebenden Rechtsextremismus im Deutschland der 1950er Jahre. So schrieben für „Nation Europa“ etwa der ehemalige Leader der British Union of Fascists, Oswald Mosley, sowie der französische Journalist Maurice Bardèche, eine der führenden Figuren des französischen Nachkriegs-Rechtsextremismus und einer der wenigen, der sich noch selbst einen „faschistischen Schriftsteller“ nannte. Auch der italienische Rassentheoretiker Julius Evola, der später zum Stichwortgeber der Neuen Rechten und besonders der Identitären Bewegung avancierte, war ein prominenter Autor des Blattes.

**Den Einfall „Asiens“ nach Europa verhindern** Das rechtsextreme Hauptargument für ein geeintes (West-)Europa unterschied sich dabei bezeichnenderweise kaum von jenem der politischen Mitte: Nur gemeinsam könne man den Feind im Osten, den Bolschewismus in die Knie zwingen, oder die Sowjetunion zumindest davon abhalten, ihr Herrschaftsgebiet zu vergrößern. „Spätestens seit dem Koreakrieg gab es in weiten Teilen Europas eine lagerübergreifende Sorge vor der ‚bolschewistischen‘ Expansion.“ So bedienten sich die Diskurse der Rechtsextremen zwar deutlicher einer rassistischen Sprache als ihre konservativen Pendanten. Mit Pathos wurde vor dem drohenden Einfall „Asiens“ nach Europa gewarnt. Die Stoßrichtung aber war dieselbe.

Das Projekt Europa hatte zu Zeiten der Montanunion (1951) und der sich anschließenden Römischen Verträge (1957) zum einen eine wirtschaftsliberale Funktion. Zum anderen zielten Bündnisstrukturen, wie die im Pleven-Plan anvisierte und letztlich an der französischen Nationalversammlung gescheiterte „Europäische Verteidigungsgemeinschaft“ (EVG) von 1952 – die nur sieben Jahre nach der Befreiung von Auschwitz eine europäische Armee unter westdeutscher Beteiligung vorsah – auf rein militärische Kooperation. Gleiches gilt für den kollektiven Beistandspakt der Westeuropäischen Union von 1954 (und die ein Jahr später gegründete NATO). Ein dezidiert demokratisches Gepräge habe sich das paneuropäische Projekt genaugenommen erst im Rahmen der Verhandlungen zur Süderweiterung Ende der 1970er Jahre gegeben. „Ein Europa, das sich stärker auf wirtschaftliche und militärische Kooperation, als auf eine gemeinsame demokratische Verfasstheit fokussierte, war auch für Rechtsextreme anschlussfähig“, sagt Hobe. Zumal in Deutschland viele ihrer Standpunkte auch in der Mitte Applaus gefunden hätten.

Hierzu zählten etwa die Forderung, das westalliierte Besatzungsstatut zu beenden, Kriegsverbrecher, die man als solche nicht bezeichnet wissen wollte, zu amnestieren, und Gefangene, die noch in europäischen Gefängnissen saßen, freizulassen. Dabei drohten rechtsextreme wie konservative und mithin regierungsnahen Akteure dem Plan einer deutschen Wiederbewaffnung im westeuropäischen Rahmen allein unter der Voraussetzung zuzustimmen, dass die Inhaftierten befreit würden, so Hobe. Ehemaligen Soldatenverbänden und ihren Lobbyorganisationen, die in Teilen faschistischen und neonazistischen Positionen nahestanden, war das ostentative Europapathos auch Mittel zum Zweck. Für die Adenauer-Administration sei es im Grunde ähnlich gewesen: Man spielte die Europa-Karte, um die verlorenen Souveränitätsrechte einzuklagen. Umgekehrt war man auch fest überzeugt, dass der „Bolschewismus“ sich ausdehnen würde und nur mit Hilfe der vermeintlich erfahrenen ehemaligen Wehrmachtssoldaten in die Schranken gewiesen werden könnte. „Ein Glaube, der auch bei Alliierten verding, die die Effektivität von deutschen Militärs mitunter mythisch überhöhten“, sagt Hobe.

Die neue Frontstellung des Kalten Krieges war ein willkommener Anlass, um Schuld abzutun, einen Schlusstrich zu fordern und revisionistischen Bedürfnissen zu frönen: Das Narrativ von den im Kampf gegen die Sowjets erprobten Deutschen, deren Anliegen es doch immer schon gewesen sei, „Europa“ gegen „Asien“ zu verteidigen, zirkulierte in der Mitte wie am rechten Rand und unterschied sich nur in Nuancen.



**Der European Turn der Nationalisten** Einen European Turn in der deutschen Propaganda habe es dabei schon nach „Stalingrad“ gegeben, sagt Alexander Hobe. „Goebbels und Co. schielten nach der Niederlage von Stalingrad vorsichtig in Richtung der Westalliierten“. So wurde der deutsche Eroberungskrieg zum Europäischen Verteidigungskrieg umgelogen, der das Abendland vor den „Asiaten“ schützen sollte. Eine Lesart, die sich insbesondere bei den mit europäischen Kollaborateuren besetzten Verbänden der Waffen-SS großer Beliebtheit erfreute, sagt Hobe.

An diesen Strang der NS-Propaganda hätten deutsche, französische und englische Faschisten nach dem Zweiten Weltkrieg dann dankbar angeknüpft, meint der Historiker. Dabei sei man über die NS-Propaganda, bei der das Deutschtum doch immer im Zentrum stand, hinausgegangen, und habe eine paneuropäische Nation als einzig fähige Hüterin des abendländischen Kulturraums beschworen.

In einer gleichsam dialektischen Volte versuchten deutsche Alt- und Neonazis das diskreditierte Projekt des Ultrationalismus im Paneuropäismus aufzuheben.

„In einer gleichsam dialektischen Volte versuchten deutsche Alt- und Neonazis das diskreditierte Projekt des Ultrationalismus im Paneuropäismus aufzuheben.“



↪ Den Nationalismus europäisieren. Die Zeitschrift „Nation Europa“ war die einflussreichste Publikation des frühen bundesrepublikanischen Rechtsextremismus.

↑ „Sechs dieser Kameraden fielen im Osten – für Europa“. Ein Foto aus dem „Wiking-Ruf. Mitteilungsblatt der ehemaligen europäischen Soldaten der Waffen-SS für Vermissten-Such- und Hilfsdienst“ vom 6. April 1952.





In Frankreich und England konnten die viel geschmähten Kollaborateure und NS-Sympathisanten ihr Handeln im Nachhinein rechtfertigen, und weiter machen, als wäre nichts geschehen. Nur mit einem transnationalen faschistischen Superstaat, so die Idee, hätte man ein mächtiges politisches Bollwerk: Zunächst einmal gegen die kommunistische UdSSR – langfristig aber auch gegen die liberal-demokratisch und kapitalistisch verfassten USA. Hier unterscheiden sich die Diskurse der oft transatlantisch ausgerichteten Konservativen dann doch von denen der Rechtsextremisten. „Vorstellungen eines neben Kapitalismus und Kommunismus für Europa passenden dritten Weges gehörten bei Autoren wie Mosley und Bardèche zum Standardprogramm“, sagt Hobe.

Europäische Nachkriegs-Faschisten bemühten nicht selten den Topos vom griechisch-christlichen Abendland, das es gegen die „artfremden Horden aus dem Osten“

zu verteidigen gelte, und forderten ein paneuropäisches Staatengebilde. Mehr als ihre deutschen Pendanten seien die englischen und französischen Rechtsextremisten, deren Länder noch immer Kolonien unterhielten, auch Visionen von „Eurafrika“ erlegen. So wünschte man sich eine gemeinsame europäische Kolonisierung des afrikanischen Kontinents.

**Abschied von Europa** „Alles in allem ist es jedenfalls zu unterkomplex, die extreme Rechte als das immer schon Andere des europäischen Integrationsprozesses zu beschreiben.“ Und wie sieht es bei den heutigen Rechtsextremen aus? Ist der Verweis auf das Abendland, auf Europa als vermeintlich essenziellen Kulturcontainer, den man gegen Fremdes abschotten müsse, nicht ein Mantra der Identitären Bewegung und beinahe jeder rechtsextremen Partei in den Parlamenten Europas? Dies schon, sagt

„Alles in allem ist es jedenfalls zu unterkomplex, die extreme Rechte als das immer schon Andere des europäischen Integrationsprozesses zu beschreiben.“



Alexander Hobe studierte Geschichte und Politikwissenschaft in München und Berlin. Am Hamburger Institut für Sozialforschung arbeitet er an einer Doktorarbeit zu rechtsextremistischen Europabegriffen.

Alexander Hobe. Ein europäischer Supranationalismus aber sei anders als für die Nachkriegs-Faschisten für die Rechten von heute eine Horrorvorstellung. „Stattdessen sprechen Rechtspopulisten heute oft vom Europa der Vaterländer, eine Formel aus dem Mund von Charles de Gaulle, einer Hassfigur der damaligen Rechtsextremen.“

Da sich die Europäische Staatengemeinschaft im Laufe ihres Integrationsprozesses ein mehr und mehr demokratisches Selbstverständnis verpasste und ferner einen Kanon von liberalen Werten zum Fundament ihres Wirkens erklärte, begann die Liebe der Rechten zu Europa nach und nach zu erodieren. Hobe's Hypothese ist, dass diese Desillusionierung mit der Süderweiterung der Europäischen Gemeinschaften beginnt. Dass die äußere Bedrohung durch den Ostblock nach dem Kollaps der Sowjetunion verschwand, und der Vertrag von Maastricht verabschiedet wurde, der der heutigen Europäischen Union im Jahr 1992 den Weg bahnte, hätte den supranationalen Staat in der rechten Szene wohl endgültig diskreditiert.

Die Ironie der Geschichte ist indes, dass mit Putin der Anführer des einst verhassten Russlands zur Ikone der Rechten Europas avancierte. Heute geht es vielen Rechtsextremen nicht mehr darum, Europa gegen Russland zu verteidigen. Sondern ein vermeintlich verrottetes Europa mit der Hilfe Russlands zu reanimieren.

↳ Maurice Bardèche war eine der führenden Figuren des französischen Nachkriegs-Rechtsextremismus.



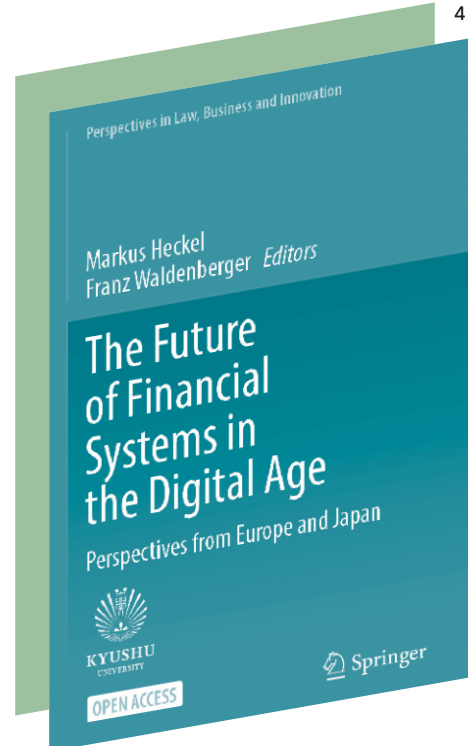
1



2



3



4

tipps

Le  
se

1 — FLORIAN DÖLLE · PARIS UND VERSAILLES IN REISEBESCHREIBUNGEN DEUTSCHER ARCHITEKTEN UM 1700. PITZLER, CORFEY UND STURM · 974 SEITEN · DFK PARIS/ ARTHISTORICUM.NET · 2022 · DOI: ORG/10.11588/ARTHISTORICUM.879  
Die vorliegende Arbeit untersucht die Architekturrezeption in Reisebeschreibungen von drei deutschsprachigen Architekten zu Paris und Versailles um 1700: Christoph Pitzler, Lambert Friedrich Corfey und Leonhard Christoph Sturm. Dafür wurde eine in der kunsthistorischen Quellenanalyse neuartige quantitativ-qualitative Methode angewandt, bei der die Ermittlung der erwähnten Inhalte, das Vorgehen der Architekten bei der Beschreibung und die dafür verwendeten Quellen im Fokus stehen. Die umfangreichen Datenerhebungen und -interpretationen liefern zahlreiche neue Ergebnisse zur Architekturrezeption in den bislang kaum bearbeiteten Frankreichteilen sowie zur Genese der Reiseberichte.

2 — JÜRGEN FINGER UND BENJAMIN MÖCKEL (HG.) · ÖKONOMIE UND MORAL IM LANGEN 20. JAHRHUNDERT. EINE ANTHOLOGIE · 255 SEITEN · WALLSTEIN VERLAG · 2022  
Was haben Rüstungsstatistiken, ein Werbefilm über Steuermoral (in dem ein leibhafter Bundesfinanzminister auftritt) und Debatten über das Urheberrecht gemeinsam? Sie bieten Anlass für moralische Kommunikation: Sie informieren über problematische Industrieprodukte, erklären den Sinn von Steuern und kritisieren jene, die nicht die eigenen moralischen und politischen Präferenzen im Umgang mit Immaterialgütern teilen. Dieser Band versammelt 20 Quellen: Texte, Werbung, Fotos,

Alltags- und Museumsobjekte oder etwa Standbilder aus dem erwähnten Film. Mitglieder des DFG-Netzwerks „Ökonomie und Moral: Normativität und Wirtschaftshandeln im ‚langen‘ 20. Jahrhundert“ analysieren diese Quellen, diskutieren die Formen moralischer Kommunikation und die sich darin ausdrückenden Haltungen und Wertungen gegenüber der Ökonomie.

3 — MAGDALENA SARYUSZ-WOLSKA · MIKROGESCHICHTEN DER ERINNERUNGSKULTUR. „AM GRÜNEN STRAND DER SPREE“ UND DIE REMEDIATISIERUNG DES HOLOCAUST BY BULLETS · 309 SEITEN · DE GRUYTER · 2022 · DOI.ORG/10.1515/9783110745528  
Die Erinnerungskultur entsteht nicht aus dem Nichts. Sie wird von sozialen Akteurinnen und Akteuren verhandelt und konstruiert. Anhand des Romans, des Hörspiels und der Fernsehserie „Am grünen Strand der Spree“ (1955–1960), in denen eine Massenerschießung von Jüdinnen und Juden in der besetzten Sowjetunion während des Zweiten Weltkrieges geschildert wird, untersucht die Autorin die westdeutsche Zirkulation der Erinnerung an den sogenannten Holocaust by bullets. In drei mikrohistorischen Studien analysiert sie die Akteure, die Wirkung sowie die Materialität dieser Schilderungen. Dabei geht sie tief ins Detail, um die Mechanismen nachzuzeichnen, die das kulturelle Gedächtnis an die Massenerschießungen in Bewegung bzw. zum Stillstand bringen.

4 — MARKUS HECKEL UND FRANZ WALDENBERGER (HG.) · THE FUTURE OF FINANCIAL SYSTEMS IN THE DIGITAL AGE. PERSPECTIVES FROM EUROPE AND JAPAN · 190 SEITEN · SPRINGER NATURE · 2022 · LINK: SPRINGER.COM/BOOK/9789811678295  
In diesem Open Access erschienenen Sammelband analysieren führende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Expertinnen und Experten die digitale Transformation des Finanzsystems in Japan und in Europa. Die Auswirkungen der Digitalisierung nehmen verschiedene Themen ins Visier: die Einführung digitaler und Blockchain-basierter Währungssysteme, die Rolle des algorithmischen Börsenhandels, Hindernisse bei der Nutzung bargeldloser Zahlungsmittel, die besonderen Herausforderungen für die Regulierung und Finanzaufsicht und die Transformation von Bankgeschäftsmodellen. Die Artikelsammlung bietet Einblicke in japanische und europäische Diskurse, Ansätze und Erfahrungen zu einem Thema, das sonst von Studien über Entwicklungen in den USA und China dominiert wird. Die teilweise komplexen Themen werden ohne Verwendung von theoretischen Modellen und Formeln vorgestellt und sind daher für ein breites Publikum zugänglich. Diese Publikation ist auch in japanischer Sprache bei Kinzai erschienen.



Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Max Weber Stiftung forschen weltweit. Hier erzählen sie von ihren persönlichen Lieblingsorten. Olga Gontarska, Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Deutschen Historischen Institut Warschau (DHI Warschau), zeigt uns in dieser Folge eine finnische Holzhaussiedlung in Warschau.

Meine Forschungsinteressen beziehen sich seit jeher auf die Instrumentalisierung von Geschichte in der Erinnerungspolitik in Mittel- und Osteuropa, insbesondere auf die ukrainischen Fragen. Im Juni 2021 habe ich meine Arbeit als Wissenschaftliche Mitarbeiterin am DHI Warschau begonnen. Im Rahmen eines internationalen Forschungsprogramms zum Widerstand gegen die europäische Integration, gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), arbeite ich an einem Projekt, das sich mit der Historisierung des Phänomens des Euroskeptizismus befasst.

Ich habe immer gesagt, dass Warschau keine Stadt ist, in die man sich auf den ersten Blick verlieben kann. Es ist eher eine Herausforderung. Die Faszination nimmt mit der Zeit zu. Es gibt geheime Plätze in dieser Stadt, die es wert sind, sich in Geduld zu üben und Zeit und Mühe zu investieren, um sie zu finden. Einer dieser Orte befindet sich in der direkten Nachbarschaft des Instituts. Ich mache mich auf den Weg dorthin, wann immer ich eine Pause brauche, um mich zu erholen.

Es handelt sich bei diesem Ort um eine finnische Holzhaussiedlung. Sie befindet sich in Hanglage, zwischen dem Sejm (dem polnischen Parlament) und dem Schloss Ujazdów, hinter einem Stadtpark und nahe der Deutschen Botschaft, nur fünf Minuten Fußweg vom DHI Warschau entfernt. Diese Holzhäuser waren ursprünglich Teil der Kriegsreparationen, die Finnland an die Sowjetunion zahlen musste, und wurden 1945 dem zerstörten Warschau übergeben. Die Siedlung wurde als vorübergehende Unterkunft für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Büros zum Wiederaufbau der Hauptstadt gebaut. Über 20 Häuser sind bis heute erhalten geblieben. Nur sieben werden von Einheimischen, hauptsächlich Künstlerinnen und Künstlern, bewohnt. Der Rest wird von verschiedenen NGOs gepflegt, die hier künstlerische und kulturelle Veranstaltungen organisieren. Der offene Geist dieses Ortes lädt zu informellen Treffen ein. Er ist auch ein Raum für transnationale Interaktionen. Die friedlichen Höfe sind ein Wunder mitten im Zentrum der Hauptstadt.



# Abbildungsindex

Cover Markus Spiske (Unsplash)  
S. 2 picture alliance | Swen Pförtner  
S. 4 BMBF/Hans-Joachim Rickel  
S. 7 Courtesy of the Artist and documenta (13), Kassel, photo Rosa Maria Rähling  
S. 10 Wikimedia Commons/Mister No (Waldenserkirche), Pufui PcPifpef (Christuskirche), Modussiccandi (Sankt Paul), Livio-andronico2013 (Synagoge)  
S. 12 Sebastian Marin/DHI Washington  
S. 12 Library of Congress/Dorothea Lange  
S. 13 Asia Research Institute (ARI)  
S. 14 Michaela Dimmers  
S. 15 Peter J. Bumke  
S. 16 David Ashdown/ Stringer (gettyimages)  
S. 18 picture alliance / ZUMAPRESS.com | Tayfun Salci  
S. 21 picture alliance / NurPhoto | Nicolas Economou  
S. 22 Jeff J Mitchell / Staff (gettyimages)

S. 28 Il Coltivatore, 16. April 1980/Scan von Antonio Carbone  
S. 30 Guido Mazzali, Avanti! n. 112, 12. Mai 1950/Scan von Andrea Carlo Martinez  
S. 31 Asso di Bastoni, Februar 1957/Scan von Andrea Carlo Martinez  
S. 32 Il Coltivatore, 22. März 1981/Scan von Antonio Carbone  
S. 37 Wikimedia Commons (Foto von Zenon Mirota; © Creative Commons Attribution-Share Alike 3.0 pl)  
S. 38 IMAGO / Super Express  
S. 40 picture-alliance / dpa | Stefan Sauer  
S. 42 brandstaetter images / Kontributor (gettyimages)  
S. 44 Nation Europa Cover. Jahrgang 1, Nummer 3. März 1951/ Scan von Alexander Hobe  
S. 45 Wiking-Ruf. Mitteilungsblatt der ehemaligen europäischen Soldaten der Waffen-SS für Vermißten-Such- und Hilfsdienst. Nummer 6. April 1952. S. 4/Scan von Alexander Hobe  
S. 46 Louis MONIER / Contributor (gettyimages)

## Impressum

**Herausgeber**  
Max Weber Stiftung –  
Deutsche Geisteswissenschaftliche  
Institute im Ausland  
Rheinallee 6  
53173 Bonn  
Tel.: +49 (0)228 377 86-0  
info@maxweberstiftung.de  
www.maxweberstiftung.de

**Präsident**  
Prof. Dr. Hans van Ess

**Geschäftsführer**  
Dr. Harald Rosenbach

**Redaktion**  
Dr. Tina Rudersdorf  
Marlene Janicijevic (Chefredakteurin und C. v. D.)  
Unter redaktioneller Mitarbeit der  
Kolleginnen und Kollegen aus den Instituten

**Layout und Satz**  
Novamondo GmbH  
www.novamondo.de

**Druck**  
inpuncto:asmuth druck + medien GmbH  
www.inpuncto-asmuth.de

**Auflage**  
2.500

**Ausgabe**  
November 2022

ISSN (Print): 2364-7647  
ISSN (online): 2364-7655

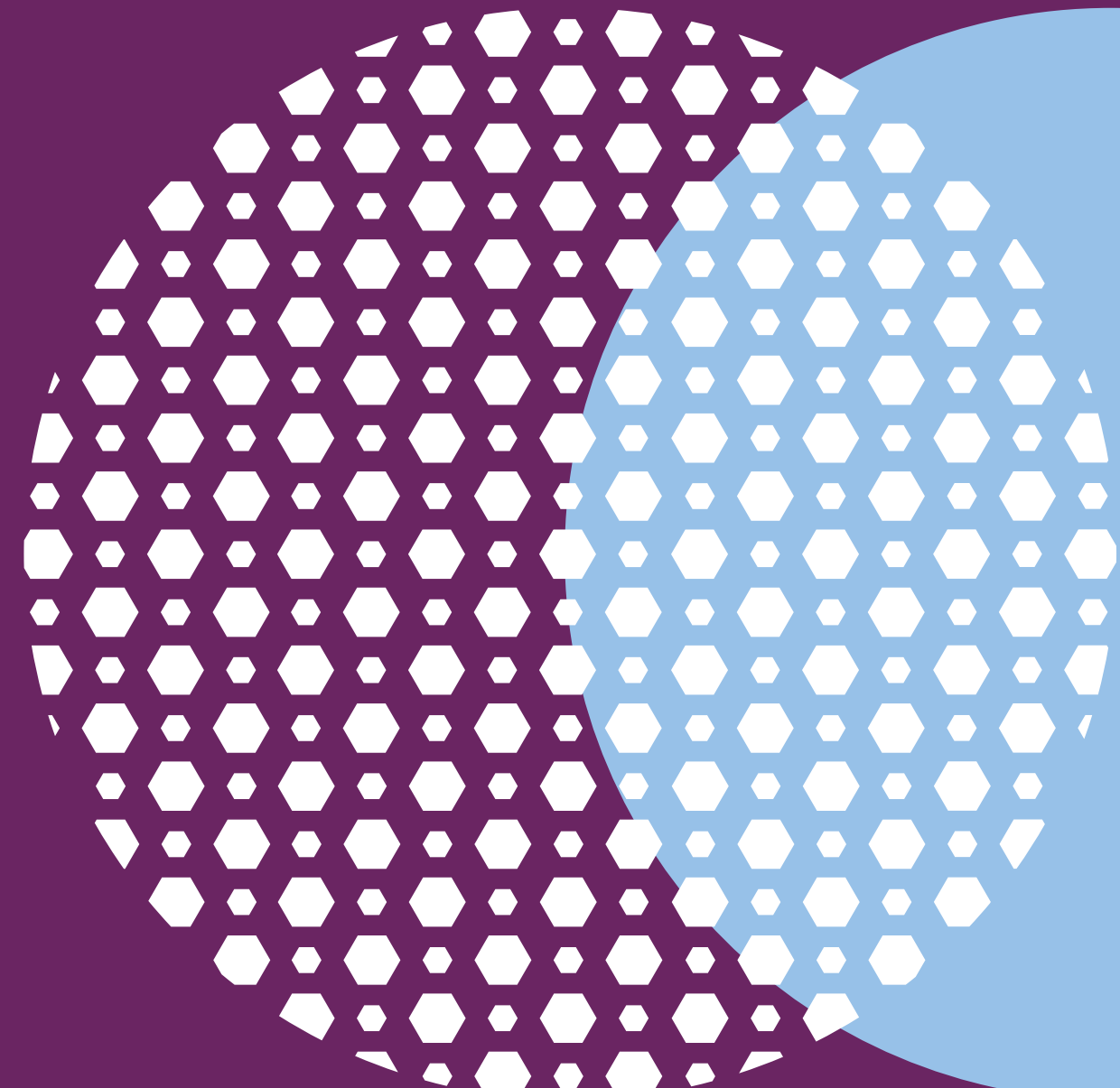
Das Magazin „Weltweit vor Ort“ wird klimaneutral durch Kompensation der CO<sub>2</sub>-Emissionen und auf 100 % recyceltem Papier gedruckt.



Das Copyright der abgebildeten Fotos liegt bei der Max Weber Stiftung und ihren Instituten, Ausnahmen sind separat gekennzeichnet.

Das Magazin „Weltweit vor Ort“ erscheint zweimal jährlich und kann über die Redaktion kostenlos abonniert werden. Nachdruck mit Quellenangabe gestattet. Beleg erbeten.

GEFÖRDERT VOM



Deutsche  
Geisteswissenschaftliche  
Institute im Ausland

